

Versteht täglich außer Montags...
Abonnement-Preis für Berlin:
Wochenblatt 1,20 M., monatlich 2,40 M., vierteljährlich 7,20 M., halbjährlich 13,20 M., jährlich 24 M.

Vorwärts

Inspektions-Gebühr beträgt für die
jüngste Jahrgänge 20 Pf., für die
älteren Jahrgänge 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur:
Herr Dr. G. G. G.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 20. Februar 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Ein Pyrrhus-Sieg.

Der Misserfolg des Herrn Miquel auf dem Gebiete des
Anleihewesens wird von Tag zu Tag offenkundiger.
Zwar hat die Regierung diesmal noch ihr Geld er-
halten. Aber unter welchen Bedingungen und Umständen!

Das sind brennende Fragen Angesichts der jämmerlichen
Zeichnungsergebnisse, welche in ihrem schroffen Gegensatz
zu den bisherigen „Wasserketteln“ der heuchlerischen
Weldtsackpresse geradezu verblüffend wirken.

Um diese schmachliche Niederlage zu verstehen, muß man
nämlich wissen, in welcher Weise die Zeichnungen diesmal
zusammengeschwießt wurden.

Feuilleton.

Wachdruck verboten. [43]

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 8 Büchern
von H. Otto Walster.

Aber so etwas Hohes und Gewaltiges ist die Freiheit,
daß sie selbst in den entstellenden Rauch des Liberalismus ein-
geht, noch immer als etwas Hohes und Begehrtes erscheint.

Staatspapiere ausgeübt werden muß, den die Staats-
regierung achten zu lernen schon reichlich Gelegenheit gehabt
hat. Der Druck nämlich des unklaffenden Materials aus
früheren Emissionen her war es bisher hauptsächlich, welcher
zur Verminderung des Staatskredits des Reiches und Preußens
geführt hat, und der jede Aussicht auf ein, wenn auch nur
zeitweiliges Anziehen der Kurse von Staatspapieren zuletzt
schwinden lassen mußte.

Damit aber hat sie einen weiteren Schritt auf der ab-
schüssigen Bahn getan und dem Staatskredit wieder einen
argen Stoß versetzt.

Den es werden Jahre ungestörten Friedens nötig
sein, um das „schwimmende“ Material zu plazieren. Und
Herr Miquel, wird er Jahre warten können, ehe er zu
neuen Schulbauaufnahmen schreitet? Ist doch schon wieder
eine preussische Eisenbahn-Anleihe in Sicht!

Es scheint fast, als wenn Herr Miquel die ganze
Größe der Niederlage auch zur Erkenntnis gekommen sei,
denn durch Vermittelung des Herrn von Bötticher hat er
dieser Tage an das Reichs-Versicherungsamt folgende charak-
teristische Verfügung erlassen:

Der königlich preussische Herr Finanzminister hat im
Interesse der Hebung des Reichs- und Staats-
kredits den Wunsch ausgesprochen, daß den Berufsge-
schaften und Versicherungsanstalten eine Anregung gegeben
werden möge, ihre Bestände in ausgedehnter Weise als bisher
in Reichs- und Staatspapieren anzulegen.

Und diese Hilfe scheint den Staatsfinanzen auch sehr
von Nutzen. Denn das Fiasko der jüngsten Anleihe-Emission
ist nachgerade so augenscheinlich geworden, daß es durch kein
Vertuschungssystem mehr verdeckt werden kann.

eine Ausgabe von 3 Groschen vervollständigt. Hier sind
die 3 Groschen; und nun will ich mir vor allen Dingen
meine lange Pfeife stopfen.

Der Philosoph ging darauf in das „Meditations-
Zimmer“, stopfte sich eine Pfeife in höchster Seelenruhe,
zündete sich dieselbe im „Konversations-Salon“ an und fuhr
dann weiter fort:

„Sie, Herr Schuhmachermeister Draht, würden sich
aus einer Mischung von wenig Kaffee und viel Fichorie
einen Trank bereiten lassen, der, inklusive Feuerung
und dünner Milch, und dem Zucker, den Sie sparen,
18 Pfennige für acht Personen kosten würde; kommt auf
Sie, da Sie den Trank mit einer Frau und vielleicht sechs
mehr oder weniger ungeborenen Rangen teilen, die Summe
von zwei Pfennigen; hierzu ein Weisbrod für drei Pfennige,
was die Ausgabe auf fünf Pfennige steigert. Hier sind die
fünf Pfennige und ich werde mir erlauben, diese billigste
Tasse zuerst zu trinken.“

„Sie, Herr Dr. Lange, kochen sich jedenfalls Ihren
Kaffee auf der Maschine selbst; vier Pfennige für das Loth
Kaffee, einen Pfennig für den Spiritus; Zucker und Milch
zu nehmen sind Sie nicht gewöhnt, da Sie den reinen Ge-
schmack lieben; etwas zu essen verschmähen Sie, da Sie
wissen, daß die Belastung des Magens mit irdischen Stoffe
die Schwärze des Geistes lähmt; Sie brauchen fünf Pfennige
für das Frühstück, so gut wie Herr Draht, nur trinken
Sie dafür besseren Kaffee. Hier sind Ihre 5 Pfennige, und
nun erlauben Sie mir, daß ich Ihren Kaffee trinke...“

„Es kommt nunmehr die Reihe an Herrn Molinaro.
Das ist ein interessantes Thema, ein schwieriger Fall; wer
kann sagen und behaupten, Herr Molinaro würde so oder
so viel für seinen Kaffee ausgeben? Er wird vielleicht

zuteilen muß, nachdem man das Reichs-Versicherungsamt
gezungen hat, fast ein Viertel des ganzen aufgelegten Be-
trages zu nehmen, (80 Millionen soll das Amt gezeichnet
haben) so steht das einer Niederlage so ähnlich wie ein Ei
dem andern.

Glend gestunkert aber haben die Zeitungen, als sie in
die Welt posauten, diesmal habe die Anleihe eine drei-
malige Ueberschneidung erfahren, und nur echte „Rentier-
zeichnungen“ seien es gewesen, welche hierbei in Betracht
kämen. Die Zukunft wird es ja lehren, was für Rentiers
es waren, welche die 6500 M.-Posten zeichneten.

Die Saat, die Miquel und sein Vorgänger austreuten,
sie beginnt jetzt zu reifen. Nach dem Pyrrhus-Sieg im letzten
Anleihe-Zeldzug kann es nicht zweifelhaft mehr sein, daß
Deutschland in die Reihe jener Staaten eingetreten ist,
deren Finanzminister über den Kurszettel zu stolpern pflegen.

Die alte Welt verzehrt sich in Heereskosten, welche auch
von reichen Völkern nicht lange mehr getragen werden
können. Schon zeigen die Finanzen der Mehrzahl der
Kulturvölker den Todeszug im Gesicht. Geht das Schulden-
machen noch einige Jahre so fort, dann wird der innere
Verfall der Staaten nicht mehr länger aufzuhalten sein.

Das möge Herr Miquel bedenken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Februar.

Ein Triumph der Sozialdemokratie. Die
fortschrittliche — „Weser-Zeitung“ vom 17. d. Mtz. sagt
in einem Leitartikel über die Militärdebatte im Reichstag:

An einer Stelle seiner ersten Montagrede meinte Herr
von Caprivi, die eifrigere Behandlung dieser Angelegenheit
durch die Nationalliberalen nütze den Sozialdemokraten; diese
würden ernten, wo jene gepflügt hätten. Wir glauben, die
Sache liegt ziemlich umgekehrt. Unstreitig hat die Sozial-
demokratie dadurch, daß ihr Blatt den geheimen Erlaß des
Prinzen Georg von Sachsen veröffentlichte, einen
Triumph errungen. Mit spezifischer Sozialdemokratie
hat dieser Triumph nichts zu thun; jeder anderen Partei wäre
die Veröffentlichung in demselben Maße zu Gute gekommen,
denn der Erlaß berührt nicht im allergeringsten die
privatrechtliche oder sozialistische Organisation der Gesell-
schaft. Der Sozialdemokratie ist der Erlaß zugegangen
(vermutlich von unbekannter Seite) als derjenigen
Partei, die am rücksichtslosesten gegen solche
Schäden wie die Soldatenmißhandlungen
vorgeht. Sie hat ihn veröffentlicht und den
ersten Anweisungen gegenüber die Echtheit
siegreich behauptet; ihr Redner Webel hat im
Reichstage dieselbe Sache mit unbekanntem
Geschick weiter verfochten. Und diese
Sache ist ganz erstaunlich populär. Millionen
von Familien werden durch sie bewegt, in
allen Volksschichten sitzen die Männer, die
denen Dank wissen, welche die schweren
Uebelstände in solcher Weise an die große

den einen Tag in stolzer Betrachtung aller Erdengnisse
sagen und es durch den Zustand seines Geldbeutels
begründet fühlen: Heute trinkst Du keinen Kaffee; er
wird aber in Erinnerung an seine glanzvolle Stellung
als zweiter Tenorist am Hoftheater zu Sonderhausen auch
hier und da für angemessen finden, einen splendiden Hotel-
kaffee zu genießen. Hier also sind der Müßiggänger keine
Schranken gesetzt, die Waage schwankt zwischen nichts und
6 Groschen; legen wir also das Medium 3 Groschen nieder,
und da Ihnen inzwischen wirklich ein Leben ausgegangen,
welches einige reichbeträugte Tage bieten kann, werde ich
mir erlauben, Ihren Kaffee zu annektieren. Annektieren, süßes
Wort! Ich nehme, was ich brauche und was mir von Nie-
mandem verweigert werden kann.“

Wer weiß, wie lange der Philosoph noch so fort philo-
sophirt und wie weit er sich den Grenzen gesetzlich straffälliger
Aeußerungen genähert hätte, wäre nicht seine Betrachtung
gestört worden durch das Erscheinen der Magd, welche nicht
ohne Verwunderung eine Anzahl voller Tassen und als
einzigen Gast beim Frühstück den Philosophen erblickte. Da
sie aber mit dem Normalmenschen wenig zu verhandeln
pflegte, der ihr zu „hoch“ sprach, so ging sie, ohne etwas zu
sagen, nach den hinteren Zimmern.

Aber schon in dem „Spielzimmer“ beschlich sie ein felt-
james Gefühl, da sie die Betten Frank's und des Advokaten
Streit gänzlich unberührt sah; das „Meditations-Zimmer“
mit den beiden eingerissenen Betten beruhigte sie in etwas.
Als sie aber weder in der „Esplanade“ noch in den letzten
Zimmern eine Spur von einem sonst noch amwehenden
menschlichen Wesen sah, ließ sie vor Erstaunen Besen
und Schaufel samt dem Sägespähen-Korb fallen und
starrte verblüfft die Wände an.

Glocke gebracht haben, daß sie nicht abgeleugnet werden konnten. Wir bedauern, daß dieser große Erfolg der Sozialdemokratie zugefallen ist; wir gönnen ihn ihr nicht; er ist viel zu gut für sie. Darin, daß die Sozialdemokratie in die Rolle des Anklägers gegen unbestreitbare Uebel eintreten konnte, darin besteht ihr Erfolg. Nach Herrn von Caprioli hätte die Partei sich zu beglückwünschen, daß ihre Gegnerin, die nationalliberale Partei, sich ebenfalls so lebhaft der Schäden in der soldatischen Disziplin annähme. Ganz im Gegenteil: wenn andere Parteien das genügend gelban hätten, so würde nichts Besonderes dabei gewesen sein, daß auch die sozialdemokratische über Soldatenmishandlungen klagte. Aber weil der Lauf der Dinge allmählich zu dem Glauben führte, daß die rechte Energie nur bei den Sozialdemokraten zu finden sei, so sind auch die verschiedenen Klagen und Beweiskräfte ihr zugegangen und sie hat das Glück gehabt, eine populäre Sache siegreich durchzuführen zu können. Der nationalliberale Partei schadet es gar nicht, daß sie sich hernach mit anerkenntlichem Eifer ebenfalls einer Besserung der besagten Zustände angenommen hat. Vielmehr hat ihre energiereichere Haltung in dieser wie in anderen Fragen ihre Popularität fühlbar gefördert.

Die gesagt, wir bedauern, daß es die Sozialdemokratie ist, der der größte Theil des Dankes der Massen für die Veröffentlichung der Uebel in der militärischen Disziplin zugefallen ist. Die bürgerlichen Parteien hätten es nicht so weit kommen lassen sollen.

Aber sie haben es so weit kommen lassen, und — sie mußten es so weit kommen lassen, weil sie das Zeug dazu nicht haben, derartigen Schäden ernsthaft zu Leibe zu gehen. Unsere Bourgeoisie hat längst auf die Rolle politischer Initiative verzichtet, in ihrer blinden Angst vor dem Proletariat sucht sie Schutz im Polizei-, Junker- und Militärsstaat, den sie einst auf Leben und Tod bekämpfte, und die bürgerliche Freiheit, von dem feigen Bürgerthum verrathen, hat jetzt thatsächlich keine anderen Vorkämpfer als die Sozialdemokraten. —

Deutsche Disziplin. Das ist jetzt ein Lieblingsbegriff der französischen Presse. Daß Soldatenmishandlungen unter dem System des Militarismus nicht zu vermeiden sind, das wissen auch unsere westlichen Nachbarn, denn trotz des vergleichsweise demokratischen Geistes im französischen Heere kommen auch in ihm Greuel vor, die sich den durch den Erlaß des Prinzen zu Sachsen enthielten würdig anschließen, wenn auch lang fortgesetzte Mishandlungen bei dem hitzigen Temperament der Franzosen nicht so leicht durchzuführen sind. Was aber der deutsche Reichskanzler über Disziplin und blinden Gehorsam sagte, ist den Franzosen absolut unsäglich. Insbesondere jetzt ihre Kritik bei der Bemerkung des Herrn von Caprioli ein, die Niederlage von Jena sei die Folge der geloderten Disziplin gewesen. Die Disziplin von damals war die Disziplin des Stoffs, und die Sieger von damals, die Franzosen, standen nicht unter dem Stof. Vor der Revolution war bekanntlich der Versuch gemacht worden, den französischen Soldaten preussische Disziplin im Geiste des „Alten Feig“ beizubringen, allein die geprägten Soldaten hatten die üble Angewohnheit, entweder sich oder den Offizier, der die Prügel verordnet hatte, todzuschießen, und so mußte die Reuerung wieder rückgängig gemacht werden. Also bei Jena wurde die Prügeldisziplin von der Nichtprügeldisziplin geprägt. Die preussischen Soldaten sochten aber, trotz des Prügels, bei Jena sehr tapfer, und daß die Niederlage eine so vollständige und in ihren Folgen so schmachvolle wurde, das war nicht die Schuld der Soldaten, die Herr v. Caprioli anklagt, sondern der „Federbüsche“, der „Edelstein der Nation“, welche die Geschichte der Arme und des Landes damals leider in der Hand hatten. Die Aeußerungen der französischen Blätter über die Capriol'schen Reden lassen sich aus pressgesetzlichen Gründen nicht wiedergeben, — hoffentlich kommen sie dem Herrn Reichskanzler zu Gesicht; er wird sich dann überzeugen, daß er das Ansehen Deutschlands nicht gehoben und dem französischen Chauvinismus einen billigen Triumph bereitet hat. Und wenn er in der That sein ganzes Handeln nach der Wirkung auf die Sozialdemokratie einrichtet, so kann ihm des Weiteren die französische Presse vielleicht zu der Erkenntniß verhelfen, daß er entweder ein unbedenklicher Sozialdemokrat ist, oder seine Feindschaft gegen die Sozialdemokratie in sehr wenig zweckentsprechender Weise behältigt. —

Liebnecht's sächsisches Landtags-Mandat. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ lesen wir:

Endlich ergreift sie die stille und doch irthümliche Ahnung, die Herren hätten sich möglicherweise einen Spaß mit ihr machen wollen und sich demgemäß auf irgend eine künstliche Weise ihren Blicken entzogen. Sie durchwühlt die Decken, sie sieht unter Tische und Betten — vergebens:

Nicht in dem Wald, nicht auf der Flur
Fand ich von Robert eine Spur,
würde der Witwe deklamirt haben.

Jetzt wurde es der Alten doch ein wenig unheimlich. Man mag noch so frei von allem Aberglauben sein, etwas bleibt doch zurück von den Wirkungen der Gespenstergeschichten und Märchen; die wir in der Jugend hören und meistentheils glauben; wir würden sonst in der Jugend schon das Leben als viel langweiliger und unerfreulicher ansehen. Bedenk eist sie die Zimmerreihe zurück und stellt sich mit auf die Hüften gestützten Armen vor den Philosophen, der schon im stillen Vorgemisse der kommenden Szene seelenvergnügt die mächtigsten Dampfrollen von seiner Pfeife blies.

Nun sagen Sie mir nur um Gottes Willen, Herr Mensch, was ist denn hier vorgegangen?

„Was hier vorgegangen?“ entgegnete der Philosoph, der es besonders liebte, die Leute auf die Unrichtigkeit oder den Widerspruch gewisser üblich gewordener Redensarten aufmerksam zu machen, „vorgegangen ist meines Wissens hier Niemand, sondern eine einzige Person ist hintergangen und das waren Sie. Insofern Sie nun von hinten wieder vorgegangen sind.“

„Aber, Herr Mensch, verstehen Sie mich doch recht; ich frage ja nur, was heute Nacht passiert ist?“

„Was heute Nacht passiert ist? O, heute Nacht ist, so wie in jeder Nacht, Alles passiert, was passieren konnte.“

„Aber, Herr Mensch, es ist ja mit Ihnen gar kein ordentliches Wort zu reden.“

„Aberlich sind doch meine Worte wohl nicht zu nennen? Ich antworte so, wie Sie fragen.“

Nun, so sagen Sie mir ordentlich und richtig, wo System der Ausbeutung der Arbeitskraft des Menschen durch den Menschen aufgehört? Leb't Ihr jetzt weniger

Dresden, 18. Februar. Die Kommission der zweiten Kammer, welche mit Prüfung der Billigkeit von Liebnecht's Mandat zum sächsischen Landtage beauftragt war, hat die Ungültigkeitsklärung beantragt. Das Direktorium der Kammer hat, der „Vossischen Zeitung“ zufolge, jedoch vorerst angefragt, ob Liebnecht freiwillig sein Mandat niederlegen wolle.

Ob der erste Theil der Notiz richtig ist, wissen wir nicht. Der zweite Theil ist es nicht. Liebnecht ist keine derartige Anfrage zugegangen. —

Ein Warnungsruf. Wie wir es vorausgesagt, so ist es gekommen, der Ideolog Göhre ist den frummen Rittern und Pfaffen ein Scheuel und Greuel, sie machen Front gegen ihn. Das amtliche Organ der Konservativen, die „Konservative Korrespondenz“ wendet sich mit schmerzlicher Offenherzigkeit gegen einen Versuch Göhre's, mit Hilfe der Geistlichen eine Privat-Enquete über die wirtschaftliche Lage Einzelner oder ganzer Gruppen der Gemeindeglieder zu veranstalten. Die „Konserv. Korresp.“ poltert:

Wir möchten das Mithliche solcher Privat-Enqueten und auf den Schaden, den deren Resultate, sofern sie in ungeschickter Weise behandelt und bearbeitet werden, anrichten, eindringlich hinweisen. Gerade Herr Göhre hat mit seinem Handwerksburschen-Buch in dieser Beziehung gezeigt, wie es nicht gemacht werden soll, und gerade auf seine Ausführungen berufen sich jetzt die Sozialdemokraten, um ihre Religionsfeindschaft zu motiviren. Aber auch die von den sozialdemokratischen Landagitatoren ausgeschlachtete Broschüre des Herrn Pastor Quistorp, die ebenfalls Privat-Enqueten zur Grundfrage hatte, hat viel Unheil angerichtet und ist als ein warnendes Beispiel für diejenigen monarchisch gesinnten Geistlichen, die etwa der Auforderung des Herrn Göhre Folge zu leisten beabsichtigen sollten, überaus lehrreich. Erhebungen über die ökonomische Lage ganzer Orte oder einzelner Berufsstände können nur Werth haben, wenn die Befragten gezwungen sind, richtig Rede zu stehen, und dies ist nur durch amtliche Enqueten möglich. Lächerliche Resultate aber bieten, wie gesagt, nicht nur kein richtiges Bild, sondern sie können nur bewirken, daß schiefe Anschauungen Platz greifen. Die angeordnete Statistik der Sozialdemokratie sollte in dieser Beziehung beherzigt werden.

Keine raue Hand soll in den stillen Frieden des ländlichen Stilllebens eingreifen, in dessen Bezirke der gutsherrliche Patriarch und der brave Landarbeiter glücklich wandeln. Und wenn einmal eine Erhebung über die Zustände der ländlichen Proletarier veranstaltet werden soll, dann muß sie amtlich sein, zur Rechten der Gutsherr-Amtsvorsteher, zur Linken der Herr Verwalter. Herrn Göhre's Werdegang vollzieht sich indes in vorgeschriebener Weise, und er steht in absehbarer Zeit vor der Alternative, als Ideolog zu scheitern oder die sozialen und politischen Konsequenzen zu ziehen, welche aus der Lage der Dinge sich naturnotwendig ergeben. —

Tapfere Leute. Herr von Caprioli, meint die „National-Zeitung“ stolz, habe sich getäuscht, wenn er glaube, die Nationalliberalen dadurch einzuschüchtern, daß er ihnen im Reichstag gesagt, „sie pflügten da, wo Andere ernten würden“. Die „Anderen“ sind wir Sozialdemokraten. O diese Mannesgeelen! So lange sie noch hoffen, ihren abgeschobenen Hauptmann aus Friedrichsruh im Triumph nach Berlin zurückzuführen, hält die Courage allenfalls vor — d. h. bis zu dem Augenblick, wo das „rotze Gespenst“ wieder im Ernst an die Wand gemalt wird — dann hüpfen sie flugs ins Maulloch. Raß, Raß, Raß! —

Vom armen Junkerlein. In den Jahren 1890 und 1891 sind, wie die „Frankfurter Zeitung“ schreibt, sechs braunschweigische Klosterdomänen zur Neuverpachtung gekommen. Sie brachten bisher 253 624 M. Pacht ein, von jetzt ab 886 000 M., also ein Mehr von 52,4 pSt. Nur eine kleine Domäne wurde etliche tausend Mark billiger verpachtet, die anderen zeigen Steigerungen von 24, 48, 64, 85, 103 pSt. Unsere Feudalen sind in kläglicher Lage, diese Ziffern beweisen es. —

Kannegieherei. Die „Vossische Zeitung“, das „staatsmännische“ der fortschrittlichen Presseorgane, tiicht in gesperrter Schrift folgende sensationelle Nachricht auf:

„Pest, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht der „Voss. Ztg.“) Mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt man hier alle Pforten der Krankheit der Erzherzogin Marie Valerie. Heute gelangte die Nachricht nach Pest, der Monarch würde vielleicht nicht zur Eröffnung des Reichstages hierher kommen, weil er sich nicht von seiner Tochter entfernen wolle. In diesem Falle würde entweder Erzherzog Karl Ludwig oder Ministerpräsident

zwischen Tod und Leben eingeklemmt im Dasein, dessen gesammter Inhalt Mangel und Elend ist? Ich sage Ihnen, meine Herren, es giebt in der Hauptsache nur zwei große Parteien in modernen Staaten: die Partei der Unterdrückten und die unerträglich Schaar der Unterdrückten. Und die Liberalen gehören zum größten Theile zu den Schlimmsten der ersteren Partei, sie mögen von Pressefreiheit reden oder nicht. Ja selbst ein in feudalen Grundsätzen aufgezogener Reichsbaron ist häufig kein so schlimmer Gegner, als so ein fortschrittlicher Fabrikant, als so ein liberaler Advokat. Darum lassen Sie diese Herren bei Seite liegen, die nie ein Herz für die Sache des Volkes gehabt, kommen Sie in Zukunft nur in Arbeiter-versammlungen, wo Sie Ihre nächsten und heiligsten Interessen berathen und beschließen, und lassen Sie sich nicht das und jenes, wie es gerade den Herren beliebt, gelegentlich vorsehen. Schließen Sie Ihre Reihen, organisiren Sie sich, damit Sie eine Macht bilden, die größte Macht, denn Ihre Zahl ist Legion. Treten Sie ein in Arbeitervereine, sprechen Sie lauter und immer lauter die Forderung Ihrer Rechte aus. Sie müssen zum Lichte der Erkenntniß heran, denn nur, wenn die Massen einen Schritt vorwärts gehen, ist die Kultur um einen Schritt weiter gegangen; nur wenn die Massen zu ihrem Rechte gekommen, kann wieder von reiner Menschlichkeit auf Erden die Rede sein. Sie müssen heraus aus diesem Zustande des Elends, der Erniedrigung, der Versumpfung in die Regionen des Lichts. Nur Sie allein noch, mit Ihrem unerbundenen Sinne für natürliches Recht, mit Ihrem starken Bewußtsein der Brüderlichkeit, der Zusammengehörigkeit der Menschen, können das vom Geldsack korruptirte, durch den Egoismus gänzlich zersahrene und halb blödsinnig gewordene Zeitalter retten und eine neue Aera der Menschheit hervorbringen. Treten Sie zusammen, werfen Sie die Schranken des Egoismus nieder, helfen Sie sich und Sie helfen der gesammten Menschheit! Unbeschreiblich war der Jubel, der nach diesen, mit hürschend: Schwünge gesprochenen Worten losbrach; und als nun Raffmans, mit der Glode in der Hand, von

Szaryo mit Verlesung der Thronrede betraut werden. Dies ist eine Formalität und für die Politik belanglos, dagegen können sich ernste politische Kreise der Erkenntniß nicht verschließen, daß die harten Schicksalschläge, von welchen der Monarch in den letzten Jahren betroffen wurde, eine tiefe Wirkung auf seine Person ausgeübt haben. Unter diesem Gesichtspunkte ist die Gefahr, von welcher der Monarch jetzt heimgefuht wird, ein politisches Ereigniß allerersten Ranges.“

Daß die Erkrankung der Erzherzogin Marie Valerie für die Betroffenen ein Familien-Ereigniß ersten Ranges ist, das leuchtet ein, daß sie aber ein „politisches Ereigniß ersten Ranges“ sein soll, das leuchtet uns nicht ein und ist das Geheimniß der Laute Voss. —

Im alten Kurs! Graf Limburg-Stirum erhält Leidensgefährtin. Ein Berliner Richter hatte in den „Grenzböten“ die Verhältnisse im preussischen Richterstande einer Kritik unterzogen und sich gegen das Sparjamkeitsprinzip der Justizverwaltung gewendet. Gegen den Verfasser ist das Disziplinarverfahren eröffnet. Vermunderlich ist nur das Ersiaunen der Liberalen über solche Vorkommnisse. Sie haben das herrschende System schaffen helfen; sie ernten nur, was sie gesät haben. —

Also wozu der Lärm? Daß der „Vorwärts“ den famosen Oberkonsistorial-Erlaß von der „guten Ritterchaft“ veröffentlichte, rief wieder einen großen Entrüstungsspektakel hervor — man jammerte über Vertrauensmißbrauch, In-diskretion u. s. w. Jetzt findet sich nun in den „Dresdener Nachrichten“ eine Zuschrift des Kreishauptmanns von Salza und Lichtenau in Baugen, also lautend:

„Die „Dresdener Nachrichten“ vom 16. Februar enthalten die Mittheilung, daß eine Verordnung des Landeskonsistoriums vom 4. Januar d. J., die Militärseelsorge betreffend, im „Vorwärts“ veröffentlicht worden sei, und fügen die Bemerkung bei: „Allem Anschein nach ist das Schriftstück den Akten der Kreisverwaltung Baugen entnommen worden.“ Die hier fragliche Verordnung war für die Öffentlichkeit bestimmt und ist daher in einer öffentlichen Druckerei gedruckt und in 225 Exemplaren an sämtliche Geistlichen und Kirchenvorstände der Oberlausitz unter Kreuzband abgeben worden; es war daher nicht schwer, von dem Inhalte, den man gar nicht zu verheimlichen hatte, Kenntniß zu nehmen. Die Schlußbemerkung jedoch, daß das fragliche Schriftstück allem Anschein nach aus den Akten der Kreisverwaltung entnommen worden sei, muß ich im Interesse der mir unterstehenden Beamten als ganz unbegründet bezeichnen.“ —

„Grober Unfug.“ Die „Rölnische Zeitung“ schreibt: „Vor einigen Tagen hat in Berlin ein Polizeibeamter die öffentliche Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche mit der Bemerkung verboten, daß sie als grober Unfug strafbar sei. Wir haben zwar im Laufe der letzten Jahre schon manche Auslegung des Unfugparagrapheen zu verzeichnen gehabt, die mehr als seltsam war, aber diese Auslegung ist doch die Krone aller Auslegungen und verdient einen Platz in der Geschichte des Strafrechts. Selbstverständlich wird es keinem Juristen einfallen, sie verteidigen zu wollen, und es wird hoffentlich den Gerichten Gelegenheit gegeben werden, sich damit zu befassen. Juristisch steht die Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche der Aufforderung zum Austritt aus irgend einer Körperschaft gleich und ein findiger Polizeibeamter könnte auch auf den Gedanken kommen, die öffentliche Aufforderung zum Austritt aus dem Judentum als groben Unfug zu betrachten. Was der einen Konfession recht ist, ist der andern billig. Wir legen diesem Vorgange nur um deswillen Bedeutung bei, weil er beweist, wie nachtheilig solche juristische Kaufschubgriffe wie „grober Unfug“ unter Umständen für die bürgerlichen Freiheiten werden können.“

Sehr richtig! Aber die „Röln. Zeitung“ und ihre Wintermänner haben die Volksrechte in Deutschland unterdrückt und die unerträglichsten politisch-sozialen Zustände geschaffen, unter denen wir heute leiden. —

Oesterreichische Steuerreform. In dem dem Reichsrath vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die Steuerreform wird die bestehende Erwerbsteuer und Einkommensteuer durch eine Erwerbsteuer, eine Besoldungssteuer, eine Rentensteuer und eine allgemeine Personal-Einkommensteuer mit einem steuerfreien Existenzminimum bis zu 600 fl. und einer Progressionsstala 0,6 bis 4 pSt. ersetzt. Die Personal-Einkommensteuer läßt einen Abzug von 25 fl. für jedes Kind zu, soweit deren Zahl 2 in den größeren Städten und 4 in kleineren Orten übersteigt. Die Regierung erwartet von der Personal-Einkommensteuer einen Ertrag von 11,5 bis 17,5 Millionen, wovon 10,4 bis 16,1 Millionen zu den erwähnten Steuern

Neuem die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken (versuchte, tönte ihm überall der Ruf:

„Schluß, Schluß!“ entgegen.

„Ich werde schließen, meine Herren,“ erwiderte Raffmans, „und — glauben Sie mir — mit schwerem Herzen muß ich diesmal diese Pflicht erfüllen. Mein Herz, welches jeder Zeit bereit war, dem bedrängten Bruder die Bruderhand zu reichen, schlägt gleichmäßig für alle Menschen; ich habe ein Herz für die Armen und habe ein Herz für die Reichen.“

Hier hielt Raffmans nothgedrungen Weise einen Augenblick inne, denn in seiner Aufregung hatte er den Faden der Rede verloren, und in der feierlichen Pause, die infolge dessen eintrat, hörte man auf einmal eine seine und dennoch durchdringende Stimme die Worte rufen:

„Fauler Schwindel!“

Wuffelich spitzte die Ohren, die Stimme kam ihm bekannt vor, und seine grauen Augen suchten die Persönlichkeit auf der Gallerie zu entdecken. Er hatte indessen nicht lange Ruhe hierzu, denn die lauteste Heiterkeit, welche bei diesem Rufe im ganzen Saale ausbrach, brachte Raffmans dermaßen außer Fassung, da er nur noch die Worte: „Die Sitzung ist geschlossen“ hinausrufen und, die Brust voll Grimm, zu seinen wenigen Getreuen zurückkehren konnte. Erregter und belebter, wie je, zerstreute sich die Versammlung, und in den zahlreichen Restaurationen wurden die Debatten noch bis spät in die Nacht fortgesetzt.

Neunzehntes Kapitel.
Philosophie und Leben.

Es mochte Manchem scheinen, als habe die Sonne geahnt oder gefühlt, daß sie der von ihr gar so abhängigen Menschheit auf Erden für manchen verdorbenen Sonntag im Sommer eine Entschädigung schuldig sei, und als habe sie sich deshalb am letzten Sonntag des Septembers bei Zeiten aufgemacht, um in der Freische des Herbstmorgens mit einem wahren Festtagsglanze die halb noch schlummernde Erde wachzurufen.

(Fortsetzung folgt.)

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 43.

Sonntag, den 20. Februar 1892.

9. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

177. Sitzung vom 19. Februar, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, Vosse, Generalmajor v. Fund und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Staatssekretär im Reichs-Justizamt Vosse: Der Entwurf verbandt seine Entstehung im Wesentlichen den aus dem Reichstage hervorgegangenen Anregungen, denen wir um so lieber Folge geben, als sich ihnen solche aus Interessentkreisen anschließen. Es handelt sich hier darum, eine Zwischenstufe zwischen Individualgesellschaften und Aktiengesellschaften zu schaffen. Ich gehe auf die Einzelheiten des Entwurfs nur so wenig ein, als Sie ihn wohl einer Kommission zur Vorberatung überweisen werden. Es versteht sich von selbst, daß wir bereit sind, über alle seine Einzelheiten in der Kommission gemeinsam mit Ihnen zu beraten, Alles zu prüfen und, wo wir die Sache praktischer und dem Bedürfnis entsprechender gestalten können, uns dazu bereit finden werden. Vor der Beratung durch den Bundesrath ist der Entwurf veröffentlicht worden, und wenn sich daran auch keine ausgiebige Literatur knüpfte, so sind doch werthvolle Anregungen aus dem Publikum gekommen, die der Bundesrath bei seiner Beratung in Rechnung zog. Ich hoffe, daß es unseren gemeinsamen Arbeiten gelingen wird, hier einem wirklichen Bedürfnis des Verkehrslebens zu genügen und dahin zu wirken, daß die neue Form des Gesellschaftslebens für alle Kreise, für die sie bestimmt ist, für die Unternehmungen, für die sie als Bedürfnis empfunden wird, auch genügen wird, und daß es gelingen wird, ein nach allen Richtungen hin brauchbares Gesetz zu schaffen.

H. G. Oechelhäuser (nl.): Auf Anregung des Reichstages wurde über die Nothwendigkeit eines Gesetzes, wie es hier vorgeschlagen wird, im Jahre 1888 eine Enquete veranstaltet, und es ergab sich dabei, daß von Seiten der großen Mehrzahl der deutschen Handelskammern eine solche Erweiterung der Formen des Gesellschaftsrechts für absolut nöthig erklärt wurde. Der Deutsche Handelstag reichte auch einen fertigen Gesetzentwurf ein, in den Motiven mit abgedruckt ist. Gegenüber diesem Vorschlage des Handelstages weist die Vorlage eine erfreuliche Erweiterung insofern auf, als sie sich auf einen ganz anderen gesetzgeberischen Standpunkt stellt und eine Zwischenstufe zwischen den Individualgesellschaften und den Kapitalgesellschaften schafft, also eine lösende Brücke zwischen den offenen Handelsgesellschaften und den Aktiengesellschaften aufstellt, sich also nicht an die Bestimmungen über die offenen Handelsgesellschaften anlehnt, wie es der Entwurf des Handelstages gemollt hatte. Das erreicht der Vorlage zum größten Vortheile, nicht minder die Thatsache, daß ihre Bestimmungen nicht bloß von Juristen, sondern von allen Interessenten klar verstanden werden können. Ein Vorzug ist auch, daß der Entwurf eine scharfe Grenze zieht zwischen zwingendem und dispositivem Recht; letzteres ist nach Möglichkeit ausgedehnt, ich weiß kein die Handelsgesellschaften betreffendes Gesetz, wo der Gesellschaft solche Autonomie gelassen ist, wie hier. Besonders ist das zwingende Recht ausgiebig genug, um den auf Grund der Vorlage zu errichtenden Gesellschaften volle Solidität und volle Kreditfähigkeit zu sichern. Die Haftpflicht der Gesellschafter geht nicht so weit, wie bei der offenen Handelsgesellschaft, aber das Kapital ist so sicher gestellt wie bei Aktiengesellschaften, und dann ist eine feste Verbindung zwischen Antheilhaber und Persönlichkeit geschaffen, die nur durch notariellen Akt aufgehoben werden kann, wodurch der Agiotage ein Niegel vorgeschoben ist. Hierdurch hat man die früher gegen diese neue Gesellschaftsform erhobenen Bedenken wesentlich beseitigt. Die Motive legen dar, wie die neue Gesellschaftsform Anwendung finden kann auf die Regelung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Wir haben hier eine Gesellschaftsform vor uns, von der vornehmlich der Kleingewerbetreibende, der Handwerker Gebrauch machen kann und wird. Das Gesetz wird der seit einigen Jahren beklagten Zurückhaltung des Kapitals unserer Industrie gegenüber ein Ende machen; wenn das Kapital, das wir in ertöflichen Werthen angelegt haben, im Inlande bleibt, so können wir dadurch mindestens 200 000 Arbeiter mehr beschäftigen, als es jetzt geschieht, und das hat sicher eine hohe sozialpolitische Bedeutung. Ich habe mich über die Erklärung des Herrn Staatssekretärs sehr gefreut, wonach er im Einzelnen Änderungen und Verbesserungen sich entgegenkommend zeigen will. Selten ist ein Gesetzentwurf von denen, für die er bestimmt ist, mit so einhelliger Freude begrüßt worden, wie dieser, und der berufliche Sachverständige, der deutsche Handelstag, hat dem besonders lebhaften Ausdruck gegeben; ich hoffe, daß dieses günstige Urtheil auch vom Reichstage gefaßt werden wird, und beantrage, in Uebereinstimmung mit Vertretern anderer Fraktionen, die Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorberatung zu überweisen.

Abg. Gulisch (l.): Den Vorschlag der Vorberatung durch eine Kommission von 14 Mitgliedern unterstütze ich. Auch dem der Vorlage vom Vordemir gesendeten Lob schließe ich mich im Namen der von mir vertretenen Dresdener Handelskammer, sowie meiner Fraktion an. Der Gesetzentwurf kommt einem wahren Bedürfnisse entgegen. Wenn auch in der Kommission einige Änderungen vorgenommen werden sollten, so wünsche ich doch die Grundlagen des Entwurfs unverändert erhalten zu sehen, sowohl was die Stellung der Gesellschaft, als auch die der einzelnen Gesellschafter, als auch die Höhe der Minimalantheile anlangt. Besonders werthvoll erscheint mir an der Vorlage der völlige Ausschluß der Agiotage.

Abg. Spahn (z.): Während ich Namens meiner Fraktion für Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern bin, kann ich mich für meine Person dem von den Vordemir gesendeten Lob nicht so unbedingt anschließen. Es scheint mir, daß die Garantien gegen Ueberverpflichtung des Publikums nicht so ausreichend sind, daß man den nach der Vorlage zu errichtenden Gesellschaften dieselbe Bewegungsfreiheit geben dürfte, wie den Aktiengesellschaften. Die Bewegungsfreiheit der Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist mir zu unbeschränkt. Die Rechte der einzelnen Gesellschafter der Gesellschaft gegenüber insofern zu sehr eingengt, als sie unter gewissen Bedingungen gegen ihren Willen ausgeschlossen werden können, also gewissermaßen wehrlos sind. Uebrigens konkurriert die Vorlage ganz unndthiger Weise mit der allgemeinen Regelung der Formen der Handelsgesellschaften, und es wäre vielleicht gut, mit der Erledigung der Vorlage so lange zu warten, bis jene allgemeine Regelung durch das bürgerliche Gesetzbuch erreicht sein wird.

Abg. v. Dellbrück (nl.): Auf der Journalistentribüne schwer verständlich tritt den Bedenken des Abg. Spahn bei, in dessen Werke die Kommission in dieser Beziehung die etwa vorhandenen Mängel des Entwurfs beseitigen. Im Großen und Ganzen bedauere ich diesen großen Fortschritt auf dem Gebiete des deutschen Gesellschaftsrechts. Die neue Form werde besonders den kleinen Gesellschaften zu Gute kommen. Die konservative Partei nehme daher die Vorlage mit großer Sympathie entgegen.

Abg. Schenk (d.): Auch ich bin der Meinung, daß die

neue Gesellschaftsform, wenn sie wirklich Gesetz wird, mehr den kleinen Gesellschaften dienen wird, als den größeren, und daß die Aktiengesellschaften wieder auf dasjenige Gebiet verwiesen werden, für welches sie noch ihrer ganzen Entwicklung allein geeignet sind. Das Bedürfnis dieser Vorlage ist nachgewiesen durch die Erklärungen des Handelstages und mehrerer Handelskammern, und durch die Thatsache, daß sich in der letzten Zeit namentlich kleinere Gesellschaften gebildet haben, welche sich der Form der Aktiengesellschaften zugewendet haben, obwohl diese Form sich wenig für sie eignete. Die Aktiengesellschaften sind noch ihrer ganzen historischen Entwicklung eigentlich nur bestimmt für diejenigen Unternehmungen, die zu ihrem Bestehen die Unterstützung und Herbeiziehung breiter Bevölkerungsschichten nöthig haben. Auf dieses Gebiet werden die Aktiengesellschaften gerade durch dieses neue Gesetz wieder hingewiesen. Die Form der unbeschränkten Haftpflicht eignet sich aber für diejenigen Unternehmungen nicht, die kein besonders großes Kapital haben. Deshalb muß eine neue Gesellschaftsform gefunden werden, und diese kann nur auf der Grundlage der beschränkten Haftpflicht aufgebaut werden. Die Bestimmungen dieser Vorlage entsprechen nach meiner Meinung vollständig dem Bedürfnis. In der Kommission können noch etwaige Verbesserungen vorgenommen werden.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Daraus setzt das Haus die Beratung des Militäretats fort mit dem Extra-Ordinarium.

Abg. Richter: Wenn wir uns enthalten, besondere Abstriche beim Extra-Ordinarium im Einzelnen zu beantragen, so wollen wir damit die Verantwortlichkeit für die Bewilligung des Extra-Ordinariums keineswegs übernehmen in dem großen Umfange, wie sie von der Mehrheit der Budgetkommission vertreten ist. Wir beantragen deshalb keine Abstriche, weil nach den Verhandlungen der Budgetkommission und dem Stand der ausschlaggebenden Parteien unsere Anträge keine Aussicht auf Annahme haben. Sollten von anderer Seite weitere Abstriche beantragt werden, so behalten wir uns vor, uns anzuschließen. So haben wir uns immer ausgesprochen gegen besondere Garnisonkirchen, weil wir eine Trennung des Militär- und Zivildienstes nicht für berechtigt halten, ebenso gegen die Errichtung von Offizierskasinos in diesem großen Umfange, gegen die Kasernierung von Unteroffiziersfamilien, wie sie auch hier wieder stattfindet. Wir halten nicht alle hier vorgeschlagenen Kasernenbauten zur Zeit für so dringlich, um die Verantwortlichkeit übernehmen zu können für die Inangriffnahme dieser Bauten. Was die Beschaffung von Vorräthen für den Kriegssoll betrifft, so haben wir für eine Anzahl dieser Positionen gestimmt, sind aber der Meinung, daß diese Titel sehr viele verschiedene Dinge umfassen und nicht überall gleichmäßig dringlich sind. Es ließe sich leicht ermöglichen, unter Zurückstellung der weniger dringlichen Ausgaben diese Beschaffungen auf einen größeren Zeitraum zu vertheilen, als es hier vorgesehn ist. Wir sind auch aus finanziellen Gründen für eine solche Einschränkung, weil das Ergebnis der letzten Reichsanleihe nicht dazu verführen darf, die Bewegungen des Reichskredits allzu günstig zu beurtheilen. Wir befürchten, daß dann der Schatzsekretär im nächsten Jahre in die Lage kommen kann, noch in größerem Umfange den öffentlichen Kredit für Reichszwecke zu beanspruchen, als für diese. Je mehr aber der Reichskredit für Militär- und Marinezwecke in Anspruch genommen wird, desto nachtheiliger können die Folgen für unsere ganze volkswirtschaftliche Entwicklung und für alle Verhältnisse des Erwerbes werden. (Beifall links.) Das Extra-Ordinarium verlangt im ordentlichen Etat 39 190 331 M. Die Abstriche der Kommission belaufen sich auf 1 175 880 M.

Im Titel 45 werden zum Neubau einer Kaserne für ein Bataillon Infanterie in Slogau, erste Rate, für den Entwurf, 10 000 M. verlangt.

Abg. v. Hellmann (Rp.) will diese Forderung nicht bemängeln, bittet aber, die Stadt Fraustadt, in welcher sich das nach Slogau verlegte Bataillon befindet, baldmöglichst mit einer Garnison oder einem militärischen Kriegsinstitut zu bedenken.

Generalmajor v. Fund sagt eine wohlwollende Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

Gemäß dem Kommissionsantrage werden gestrichen: die erste Rate von 15 000 M. zum Neubau eines Dienstwohnungs-Gebäudes zur Aufnahme der Dienstwohnung für den kommandirenden General des Garderegiments und den Gouverneur von Berlin, die erste Rate von 30 000 M. zum Neubau einer Kaserne für ein Bataillon Infanterie in Oppeln, die erste Rate von 75 000 M. zum Neubau einer Kaserne für zwei Eskadrons und den Regimentsstab, sowie für das Bezirkskommando in Paderborn und die erste Rate von 20 000 M. zum Neubau einer Kaserne für ein Regiment Infanterie in Paderborn.

Gestrichen werden ferner: die letzte Rate von 189 380 M. zum Erwerb der drei Eskadrons zu erbauenden Kaserne, der Vollbedarf von 37 000 M. zum Bau eines Exerzierhauses für die Unteroffizierskaserne in Potsdam.

Die zweite Rate von 500 000 M. zum Neubau eines Dienstgebäudes für die Artillerie-Prüfungskommission in Berlin war von der Kommission ebenfalls abgelehnt worden; heute liegt ein Antrag der Abg. Frihe, Hahn, v. Hüne, Hünze, Hühl und v. Keudell vor, die Position zu bewilligen.

Referent Abg. Hahn, der den Antrag selbst mit unterschrieben hat, bemerkt, daß eine auf Einladung der Militärbehörde seitens der Kommissionsmitglieder erfolgte Besichtigung des gegenwärtigen Gebäudes ergeben habe, daß die Unterfunkverhältnisse der Artillerie-Prüfungskommission immer milder geworden sind, und der Neubau baldigst in Angriff genommen werden muß.

Nachdem Abg. Frihe-Düsseldorf den Antrag auch damit motivirt hat, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die notwendige Geheimhaltung wichtiger Aktenstücke gar nicht durchführbar sei, wird der Titel entgegen dem Antrage der Kommission bewilligt.

Gestrichen wird endlich im sächsischen Militäretat die Forderung von 96 000 M. für Neubau und Ausrüstung von zwei Pferdehallen-Boraden auf dem Artillerie-Schießplatze bei Zeithain, und die Forderung von 800 000 M. als Kosten des Grunderwerbs behufs Erweiterung des Artillerie-Schießplatzes um 100 000 M. ermäßigt.

Die Forderung der vierten Rate von 400 000 M. für den Neubau einer Kaserne für ein Trainbataillon zu zwei Kompanien in Forbach wird bewilligt, nachdem der Bundeskommissar Oberst Erling auf Grund des neuen von der Intendantur zur Vorlage gedachten Materials, die in der Kommission abgegebenen Erklärungen bestätigt hat, daß die Vorbereitungen für den Bau so gefördert seien, daß die hier geforderte Summe und der aus dem Vorjahr verbliebene Rest in diesem Jahre völlig verbraucht werden würden, und die sämtlichen Stallungen, alle dementprechenden einfacheren Gebäude und die Wohngebäude im Laufe

des Jahres fertig zu stellen, so daß im Winter bis zum nächsten Frühjahr der innere Ausbau zu erfolgen hat und die Restate von 129 000 M. im nächsten Etatsjahre den Bau abschließen würde.

Der gesammte außerordentliche Etat des Extra-Ordinariums des Militäretats erfordert nach dem Vorschlage 102 203 822 M. Die Abstriche der Budgetkommission betragen im Ganzen 4 249 450 M.

Ohne Debatte wird von der Forderung von 1 206 100 M. zur Herstellung der Unterbringungsräume für das aus Anlaß der weiteren Beschaffung für artilleristische Zwecke hinzutretende bzw. zu verlegende Artilleriematerial nebst Munition für dieses Jahr nur die Hälfte bewilligt, desgl. für Eisen-Bohringen statt der geforderten 516 800 M. nur 258 400 M.

Zur Beschaffung von Handwaffen sind 13 380 000 M. gefordert. Die Kommission hat den Titel in zwei Titel zerlegt und zur Beschaffung von Handwaffen, erste Rate, 8 955 000 M. bewilligt, zum Retablisement der Gewehrmaschinen 1 500 000 M. Das Haus beschließt demgemäß.

Im sächsischen Etat werden von der Forderung von 2 176 200 M. als erste Rate zur weiteren Beschaffung für artilleristische Zwecke 90 000 M. abgesetzt, ebenso von der Forderung von 793 000 M. erste Rate zur Beschaffung von Handwaffen, 231 000 M. abgesetzt; desgl. für denselben Titel im württembergischen Etat hat 642 000 M. nur 500 000 M. bewilligt. Die Einnahmen des Militäretats im Betrage von 7 882 944 M. werden unverändert genehmigt.

Die Petition des Schmidt zu Gardon, die Anstellungs-berechtigung und Versorgung der Militärkommodore betreffend, wird nach dem Vorschlage der Kommission der Regierung als Material überwiesen.

Damit ist die zweite Beratung des Militäretats und die Tagesordnung erledigt.

Schluß 4 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Telegraphengesetz, Wahlprüfungen.)

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 19. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Thielen, Miquel und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung und zwar zunächst der Titel: Einnahmen aus dem Personenverkehr.

Hierzu liegt folgender Antrag Brömel vor: Die Staatsregierung zu ersuchen, mit der Reform der Personentaxen auf den preussischen Staatsbahnen auf Grund des im Jahre 1891 aufgestellten Planes, jedoch unter Ausschluß von Tarifserhöhungen bald möglichst vorzugehen.

Der Referent von Tiedemann stellt fest, daß die Einnahmen aus dem Personenverkehr sich noch in der Steigerung befinden, so daß man hoffen könne, daß bei diesem Titel der Vorschlag erreicht werden wird. Bezüglich des Vorratverkehrs würden Wünsche ausgesprochen, daß man in dieser Beziehung noch weiter gehen solle; aber dem gegenüber wurde festgestellt, daß im Vorratverkehr die billigen Tarife der ganzen Welt beständen. In Bezug auf die Personentaxen sei man an der Grenze der Rentabilität angekommen, so daß erhebliche Ermäßigungen nicht mehr möglich seien.

Abg. Brömel (Dfr.) wiederholt seine gestrige Behauptung, daß die Einnahmen aus dem Personenverkehr zu hoch veranschlagt seien. Früher habe man die Steigerung jährlich nur auf 1 bis 2 Prozent veranschlagt, diesmal auf 5 Prozent. Der Berechnung des Vorschlages liegen die Etatsjahre 1889-90 und 1890-91 zu Grunde, welche aber einen großen wirtschaftlichen Aufschwung hatten und deshalb nicht maßgebend sein können. Deshalb ist es unverständlich, wie die Regierung dazu kommt, bei den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, deren Vorhandensein sie auch anerkennt, eine Steigerung der Einnahmen in solcher Höhe anzunehmen. In den Verhandlungen der Budgetkommission hat man angedeutet, daß seitens des Finanzministers eine douce violence angewendet worden sei. Das könne man nicht recht glauben, aber es sei doch wünschenswerth, daß die Regierung Auskunft über die Gründe dieser abnormen Veranschlagung giebt. Redner geht dann zu seinem Antrag über. Herr v. Püttlamer hat allerdings Widerspruch erhoben gegenüber der Ermäßigung der Personentaxen, aber seine Anschauungen dürften wohl kaum allgemeinen Anklang finden, denn wir haben nicht so niedrige Tarife, daß die Leute in großer Zahl auf der Eisenbahn umherbummeln. Die Statistik ergibt, daß unter Einrechnung der Zeitkarten noch nicht einmal 10 Fahrten auf den Kopf der Bevölkerung entfallen. Herr von Püttlamer möchte allerdings durch Hochhaltung der Fahrpreise die Arbeiter, namentlich die ländlichen Arbeiter, zwingen, die Verwerthung ihrer Arbeitskraft nicht in der Ferne zu suchen. Bezüglich der Reform der Personentaxen kann das Haus sich nicht in Einzelheiten einlassen, sondern wird gut thun, den Vorschlag des Herrn von Magbach mit dem im Antrage angedeuteten Beschränkung als Grundlage anzunehmen. Die Vorschläge des Herrn von Magbach sind nur den Bezirks-Eisenbahnräthen vorgelegt, nicht dem Landes-Eisenbahnrath. Warum hat man die Landesvertretung bei dieser Frage ganz übersehen? Von den Tarifen hängt doch der ganze Eisenbahn-Etat ab. Im bayerischen Abgeordnetenhaus hat man den Tarif vorgelegt und Redner habe sich als preussischer Abgeordneter an die bayerische Kammer wenden müssen, um die Materialien zu erlangen. Wozu ist diese ganze Geheimnisträmerei getrieben worden? Der Minister hat im Reichstage erklärt, die Frage sei noch nicht aufgestellt genug; die Eisenbahn-Bezirksräthe hätten ganz verschiedene Ansichten und Wünsche geäußert. Redner geht dann auf die Erklärungen des Ministers Thielen im Reichstage ein und versucht die Gründe zu widerlegen, welche derselbe angeführt hat. Namentlich bestritt er, daß die Ermäßigung der Gütertarife dringender sei; Redner beruft sich auf das Buch des Geheimraths Ulrich, welcher anerkennt, daß die in dem ungarischen Zonentarif liegende Ermäßigung der Tarife erhebliche Mehreinnahmen herbeiführt habe. Das sei die Hauptsache für die Eisenbahn-Verwaltung. Die 4. Klasse habe für Preußen eine erhebliche Bedeutung, das beweise die Steigerung des Verkehrs in dieser Klasse, welche höher sei als bei den anderen Klassen. Wie lange soll die Reform auf sich warten lassen, während überall die Staatsbahnen eine Reform vorgenommen haben? Der Minister sollte auch die sozialpolitische Seite der Frage nicht außer Acht lassen und deshalb noch in diesem Jahre eine Vorlage machen.

Minister Thielen: Ich kann nicht anerkennen, daß die Einnahmen des Personenverkehrs zu hoch gegriffen seien. Die Ergebnisse bis Ende Januar ergeben 4,36 pCt. Steigerung, also fast genau die 5 pCt. Vermehrung, die vorhanden sind. Wir konnten den Personenverkehr thatsächlich nicht niedriger veranschlagen, wenn wir die Augen nicht vollständig dem Anwachsen des Verkehrs verschließen wollten. Im Monat Januar betrug diese Steigerung allein 8 pCt. Es bedurfte keiner Einwirkung des Finanzministers, die auch durchaus nicht stattgefunden hat. Wir haben die höhere Veranschlagung dem Finanzminister gegenüber rechtfertigen können. Der Vordemir hat bemängelt, daß

dem Hause Mitteilungen über die beabsichtigten Reformen des Personentarifis rechtzeitig nicht gemacht seien. Das Projekt meines Vorgängers war ein Entwurf; ein Fehler; es bedurfte der Erörterung in denjenigen Kreisen, die der Eisenbahnverwaltung organisatorisch als Beirat zugeordnet sind. Die Erörterung hat zu einer ganzen Reihe von Ausstellungen und Kritiken geführt. Daraus mögen Sie entnehmen, daß es nicht richtig gewesen wäre, das Projekt in seiner damaligen unreifen Form dem Hause vorzulegen. Es bedurfte nicht nur der Erörterung mit den wirtschaftlichen Beiräten, sondern auch der Erörterung mit den übrigen Staatsbahn-Verwaltungen, welche Ratgebern haben und fortgesetzt werden, wenn die Unterstellungen, welche sich an die Verhandlungen der Bezirks-Eisenbahnräte angeknüpft haben, beendet sein werden. Namentlich werden die Untersuchungen nach der finanziellen Seite hin aufgestellt; sie sind aber noch nicht abgeschlossen. Nachher soll der Landes-Eisenbahnrat damit befaßt werden. Zur Sache selbst habe ich mich schon dahin ausgesprochen, daß ich die Bedingungen, unter denen der Personenverkehr sich zur Zeit bewegt, nicht für derartige halte, daß sie auf die Dauer beibehalten werden können. Sie sind zu einer ungünstigen Buntständigkeit geblieben. Ich habe bestritten, daß die Reform der Personentarifis eine so dringende sei, daß sie ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage des Staates und ohne Rücksicht darauf, daß die Frage noch nicht abgelenkt ist, vorgenommen werden muß. Wir wären noch garnicht im Stande, die Reform sofort in die Praxis zu überführen. Daß die Reform nicht so dringend ist, beweist die Steigerung des Verkehrs unter den gegenwärtigen Bedingungen. Wir stehen in Bezug auf die Dichtigkeit des Verkehrs allen anderen Staaten voran, mit Ausnahme von Sachsen. Die Tarife sind nicht so hoch, daß sie das wirtschaftliche Leben beeinträchtigen. In Österreich sind die Tariffe immer noch höher als bei uns, nur in Ungarn sind sie etwas niedriger. Ich habe im Reichstage darauf hingewiesen, daß bei uns erheblich mehr Verkehrsleistungen vorhanden sind; das ist mehr wert als billige Tarife. Denn die Reisekosten bestehen doch nicht bloß aus dem Fahrgehalt, sondern auch aus der Zeitverschwendung. Die Einstellung der dritten Klasse in die Schnellzüge und die Einstellung der vierten Klasse in die Personenzüge ist auch eine erhebliche Erleichterung des Verkehrs. Die ungarischen Tarife passen für unsere Verhältnisse nicht als Muster. Auf die Dauer werden sie auch in Österreich und Ungarn nicht aufrecht erhalten werden können. In Österreich wird schon die Erhebung eines kleinen Zuschlages auf die Preise angeregt. Durch die Ermäßigung der Tarife wird eine erhebliche Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten, und zwar zum Nachteil der Schwächeren, zum Nachteil des kleinen Handwerks und der Arbeiter. (Zustimmung rechts.) Die kleinen Städte werden ihre Bedürfnisse in größerem Maße in den größeren Städten befriedigen. Aus dem dünn besiedelten Osten werden die Leute herausgezogen werden zu Gunsten des dicht bevölkerten Westens. Die Menschen verlassen ihre Heimat und werden auf die Landstraße geworfen. (Zustimmung rechts.) Der Jontarif geht von der falschen Voraussetzung aus, daß der Fernverkehr eine große Rolle in den Einnahmen der Eisenbahn spielt. Wasgehend ist der Verkehr innerhalb einer nahen Zone. Durch die Ermäßigung des Tarifs für den Fernverkehr wird derselbe nicht erheblich gehoben werden können. Auch in Ungarn hat sich der Fernverkehr nur wenig gesteigert, 92 pCt. der Steigerung entfallen auf den Verkehr bis 20 Kilometer. Auch eine bessere Ausnutzung der Plätze wird nicht erfolgen; sie ist in Ungarn auch nicht eingetreten und wo sie sich bemerkbar gemacht hat, hat das Publikum schon angefangen zu schreiben und die Einstellung neuer Züge verlangt. Durchschnittlich beträgt allerdings die Besetzung der Plätze nur 25 pCt., aber auf den durchgehenden Schnellzügen ist eine viel stärkere Besetzung. Wenn man durch den Jontarif die Leute dazu bringen könnte, ihre Fahrten vom Sommer in den Winter zu verlegen oder statt nach Wien nach Ost- und Westpreußen zu fahren, dann wäre er annehmbar. (Heiterkeit.) Aber Publikum wird das nicht thun. (Heiterkeit.) Es würde also eine Vermehrung der Züge und eine Ausnutzung derselben bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit eintreten, wodurch erhebliche Mehrkosten entstehen, welche die Mehreinnahmen übersteigen werden. Der Reformtarif meines Vorgängers beabsichtigte zunächst gleichmäßige Tarifsätze und gleichmäßige Beförderung für ganz Deutschland herbeizuführen, ferner die Buntständigkeit der Beförderungsbedingungen zu beseitigen und endlich Ermäßigungen einzuführen, wo sie notwendig erschienen, zur Anpassung der Tarife für die einzelnen Klassen an die Entwicklung der Verhältnisse. Diese Grundideen erkenne ich als durchaus gerechtfertigt an. Ich würde gegen den Antrag meinerseits nichts zu erinnern haben, wenn nicht in demselben eine Bemerkung stände, welche nicht durchführbar ist: unter Ausschluß von Tarifserhöhungen. Wenn eine einheitliche Tarifreform durchgeführt wird, dürfen wir nicht suchen, ob an irgend einem Punkte einmal eine Erhöhung vorkommt. Diese Erhöhungen sind unbedeutend gegenüber der Besserung des allgemeinen Verkehrs. Der Ausschluß der Erhöhungen wäre nur durchzuführen mit einem sehr erheblich größeren finanziellen Risiko. Ich möchte deshalb wünschen, daß Sie diese Klausel jedenfalls nicht annehmen. Ob der Antrag eine große praktische Bedeutung hat, darüber macht sich der Antragsteller wohl keine Illusion. Die Regierung ist nicht Willens, die Reform in den Papierkorb zu werfen, sondern wir beabsichtigen, recht fleißig die Frage weiter zu studieren und sie demnächst in den Landes-Eisenbahnrat zu bringen, damit wir mit fertigen Dingen vor das Land treten können, wenn die Finanzlage es gestattet. Hinter dem Rücken des Landtages soll nichts geschehen, aber mit unreifen Dingen werde ich den Landtag nicht zu befragen wagen. (Weifall rechts.) Das Reformprojekt meines Amtsvorgängers enthält ein finanzielles Risiko von 51 Millionen, wovon die Mehreinnahme für Gepäck abzurechnen ist mit etwa 10 Millionen. Die Steigerung des Verkehrs wird diesen Ausfall erst mit der Zeit ausgleichen; der bayerische Minister v. Craußheim nimmt dafür einen siebenjährigen Zeitraum in Aussicht. Auf die Vermehrung der Ausgaben wird man aber auch noch rechnen müssen, so daß sich dieser Zeitraum noch verlängert. Die Steigerung der Frequenz der vierten Klasse ist beträglich, da wir dieselbe menschenwürdig gemacht und mit Bänken versehen haben, so daß ein Teil der Reisenden aus der dritten Klasse in die vierte übergegangen ist. Ich bin der Überzeugung, daß die Reform der Personentarifis nicht von der Tagesordnung verschwinden wird; die Regierung wird alles thun, um diese Frage zur gewöhnlichen Lösung zu bringen.

Finanzminister Miquel: Der Abg. Brömel hat in der Kommission angedeutet, daß der Finanzminister einen Druck auf den Eisenbahn-Minister ausgeübt habe, um die Veranschlagung zu erhöhen. Herr Brömel sollte sich mit der Erklärung der beiden Ressortminister begnügen. Mein Kollege hat mit Recht gesagt, daß er nicht mit unreifen Projekten in das Haus kommen wolle. Der Antrag Brömel ist nicht nur in Bezug auf den von meinem Kollegen bemängelten Punkt, sondern überhaupt unreif. Denn die Meinungen über die Hauptfrage gehen noch sehr weit auseinander. Ich kann nur bitten, den Antrag ganz abzulehnen, wobei die Tendenz nicht sein kann die Reform überhaupt zu unterlassen. Das Verhältnis der Finanzverwaltung zur Eisenbahnverwaltung ist einer scharfen Kritik unterzogen, ja als Mißverhältnis bezeichnet worden. Ich gestehe zu, daß das Garantiegesetz seinen Zweck nicht vollständig erfüllt hat; das liegt aber an den Bestimmungen des Gesetzes selbst. Aber von einer Mißwirtschaft in der preussischen Verwaltung zu sprechen, dagegen muß ich entschieden Protest erheben. Die Verantwortlichkeit der Eisenbahn ist in so glänzender Weise vor sich gegangen, daß sie immer ein Rahmengesetz für die Verwaltung bleiben wird. (Wehr richtig! rechts.) Die Ergebnisse der Verstaatlichung liegen vor uns in der großen Zahl von Sekundärbahnen und in den großen Reformen, die in der Verwaltung selbst durchgeführt sind, namentlich in der Verbesserung

der Lage der Beamten und in der Tarifreform. So sehr ich auch einverstanden bin mit der Abgrenzung der Finanzverwaltung von der Eisenbahnverwaltung, so mußte ich doch einer derartigen Kritik entgegenzutreten. Es giebt Tarifreformen, welche eine Vermehrung der Einnahmen mit sich bringen. Man sieht aber gewöhnlich nur auf die Vermehrung der Brutto-Einnahmen. Wenn ein Projekt 51 Millionen Mark Verlust bringt, was soll da geschehen? Sollen diese Verluste gedeckt werden durch Steuern oder durch Anleihen? Das wird auch die eifrigsten Vertreter einer solchen Reform bedenkl. machen. (Zustimmung rechts.) Daß die Finanzverwaltung bei der Zustimmung zu solchen Reformen mit weiser Vorsicht verfahren muß, ist selbstverständlich; in der gegenwärtigen Zeit ist es die Pflicht der Finanzverwaltung, vorsichtig zu sein. Ich habe schon als Abg. die Mittel gesucht, um die Schwankungen der Einnahmen einer so großen Betriebsverwaltung in ihrem Einfluß abzuschwächen. Ich habe bei dem Garantiegesetz mitgemacht, aber die Erfahrung lehrt, daß wir genügende Garantien nicht gehabt haben. Das nachträgliche Urtheil finde ich zu hart. Die Eisenbahn-Verwaltung ist ja gar nicht zur Ruhe gekommen, denn es sind immerwährend neue Verstaatlichungen vollzogen worden. Jetzt sind wir zur Ruhe gekommen und heute ist es an der Zeit, zu erwägen, wie wir Wandel schaffen können. Welcher Weg der richtige ist, wird untersucht werden müssen. Wir können einen Reservefonds bilden zur Ausgleichung der schwankenden Ueberschüsse in den einzelnen Jahren oder man kann eine bestimmte Summe für allgemeine Staatszwecke festlegen und die Ueberschüsse für außerordentlichen Schuldenzinsen verwenden. Bei der Eisenbahnverwaltung kann man die Grenze zwischen den aus den laufenden Einnahmen und den aus Anleihen zu bestreitenden Ausgaben verändern, so daß solche Ausgaben mehr aus den laufenden Mitteln bestritten werden. (Weifall rechts.)

Abg. v. Lypen (L.): Ich weiß darauf hin, daß die östlichen Provinzen in ihrer Bevölkerung abnehmen. Daran sei die geographische Lage schuld, für welche aber die Bevölkerung nicht verantwortlich sei, die Hoffnungen, die man auf die Ministerreise gesetzt habe, haben bis jetzt noch keine greifbaren Ergebnisse erzielt. Die Besetzung hat dazu beigetragen, die Ungunst der Verhältnisse zu vermindern. Eine Erhöhung der Eisenbahntarife hat Herr von Puttkamer nicht verlangt, sondern nur eine weitere Ermäßigung verhindern wollen. Diese sei nicht notwendig. Auch die reicheren Leute, welche in den höheren Klassen fahren, könnten das Reisen bezahlen. Noch besser wäre es aber, wenn sie in ihrer Heimat blieben. Es wäre besser, daß sie in den kleinen Städten die Handwerker beschäftigen, als daß sie die Zahl der Millionäre in Berlin vermehren. Die moderne Völkerverwanderung werde durch die Ermäßigung der Personentarifis nur unterstützt. Die Landwirtschaft im Osten habe dafür gesorgt, daß die Arbeiter zuverlässig und königstreu sind. Die Industriearbeiter im Westen sind aber ein Gegenstand der Beunruhigung für die Regierung. (Zustimmung rechts.) Man sollte deshalb den Osten stärken, damit er im Augenblicke der Gefahr im Stande ist, seine Aufgabe zu erfüllen, wie er sie im Anjange dieses Jahrhunderts erfüllt hat. (Weifall rechts.)

Abg. Brömel bleibt dabei, daß die Veranschlagung aus dem Personenverkehr ganz ausnahmsweise gesteigert worden sei; er bedauert, daß das Wandbache Reformprojekt vom Ministerische als ein durchaus unreifes bezeichnet werde. Die Frage der Reform der Personentarifis wird nicht von der Tagesordnung verschwinden, auch wenn man davon spricht, daß in zu hohem Maße eine Beweglichkeit der Bevölkerung eingetreten ist. Da müßte der Minister ja die vierte Klasse, welche von der ärmsten Bevölkerung benutzt wird, abschaffen. Sie Grundbesitzer des Ostens müssen sich ihre Arbeiter besorgen. (Zuruf rechts: Woher?) Dazu bin ich eigentlich nicht hier. Beziehen Sie die Leute ordentlich (Zuruf rechts: Womit?) und behandeln Sie sie richtig. Die Bezahlung muß natürlich mit Geld erfolgen, nicht mit Schulden. Der Schulden hat und nicht leistungsfähig ist, sollte überhaupt nicht Leiter eines Betriebes sein. Es fehlt an Arbeitern und dabei wird gerührt, daß die Arbeiter zuverlässig und königstreu sind. Die moderne Völkerverwanderung werden Sie nicht aus der Welt schaffen, oder Sie müßten die Leute durch Gesetz an die Scholle fesseln. (Zustimmung links.) Der Minister will von dem Ausschluß der Erhöhungen nichts wissen. Ich könnte mich dem gegenüber auf den bayerischen Vorschlag berufen, welcher nur für die Rand-Preisearten eine kleine Erhöhung enthielt, sonst aber nur Ermäßigungen. Ich würde mich damit begnügen können. In Bayern hat man sich keine finanziellen Schreckgespenste vormalen lassen. Man hat in der dortigen Kammer den Antrag einstimmig angenommen. Die Bevölkerung wird über die Regierung, welche sich so sehr gegen eine Reform kränkt und über die Volksvertretung, die über diese wichtige Frage zur Tagesordnung übergeht, das richtige Urtheil fällen. (Zustimmung links.)

Abg. von Puttkamer-Plauth (L.) verwarf sich dagegen, daß er sich einer Herabsetzung der Personentarifis aus eigentlichen Gründen widersetze. Was würde Herr Brömel sagen, wenn man behauptete, er wolle die Personentarifis ermäßigen, um für die besitzenden Klassen in der Stadt, Leute, die er vertritt (Zuruf Brömel's: Ich vertritt keine Leute, ich bin Vertreter des preussischen Volkes!) billige Arbeitskräfte zu schaffen. Es ist notwendig, daß die Volksvertretung solche unreife Projekte abweist. Daß die Staatsbahnen besser sind als die Privatbahnen, beweist der Vergleich z. B. mit der Privatbahn Marienburg-Mlanke, welche sehr erheblich in allen Beziehungen hinter den Staatsbahnen zurücksteht. Sie befindet sich allerdings in einer schwierigen Lage, die den Staatsbahnen übertragen sich die schlechten Strecken durch die guten Strecken. Die Leute aus dem Osten geben insolge künstlicher Anregungen in die Städte; das Agententhum, der Reiz der städtischen Vergnügungen, die höheren Löhne u. s. w. alles dies trägt dazu bei, die Leute zu verlocken. Die große Zahl der Arbeitslosen in den Städten ist eine Gefahr für das Land, die Leute wären besser in ihrer Heimat geblieben. Aber dafür hat Herr Brömel kein Verhältniß. (Zustimmung rechts.) Herr Brömel mahnt uns, wir sollten nicht danktrot werden. Wir kämpfen vergeblich gegen die Ungunst der Verhältnisse. Alle Arbeit bleibt vergebens, wenn uns nicht die Staatsgewalt entgegenkommt. Eine Ermäßigung der Personentarifis würden wir vorklagen müssen, weil wir jetzt schon nicht mehr wissen, wo wir die Arbeiter herkommen sollen. (Weifall rechts.)

Abg. Gammacher (natl.): Herr von Puttkamer sollte sich doch vor Uebertreibungen hüten; Herr Brömel will doch wohl nicht die Tarife in übermäßiger Weise herabgesetzt wissen; er wird die sozialpolitischen und sozialökonomischen Folgen wohl überdacht haben. Er empfiehlt ja nur die Wandbache Vorschläge. Herr von Puttkamer trifft also auch den Minister von Wandbache. Ich möchte Sie bitten, den Antrag nicht ohne Weiteres abzulehnen; wir müssen die Frage gründlich prüfen, auch wenn sie jetzt noch nicht ganz spruchreif sei. Der Minister hat erklärt, daß in Ungarn der Fernverkehr nicht erheblich zugenommen habe; eine Notiz aus Ungarn besagt, daß der Verkehr sich in der letzten Zone in das vierfache gesteigert hat, während die Mehrausgaben nur die Hälfte der Mehreinnahmen ausmachen. Ist der Einnahmehausfall von 50 Millionen Mark wirklich zu erwarten? Das muß erst aufgestellt werden. Ich beantrage deshalb den Antrag Brömel an die verstärkte Budgetkommission zu verweisen. Daß ich bezüglich der Mißwirtschaft bei der Verwaltung der Ueberschüsse der Eisenbahnen für allgemeine Staatszwecke gesagt habe, habe ich in früheren Reden, als die dafür verantwortlichen Minister noch im Amte waren, ebenso ausgesprochen. Ich habe von einer objektiven Mißwirtschaft gesprochen, weil das Garantiegesetz nur auf dem Papier steht. Die Mißwirtschaft, das Eisenbahnüberschüsse für dauernde Ausgaben des Staates verwendet sind, liegt jetzt vor aller Augen. Ich habe von meinen Ausführungen nichts zurückzunehmen.

Minister Thielen: Mein Amtsvorgänger hat das Projekt selbst als noch nicht reif angesehen, er hat es der Beurteilung der Öffentlichkeit und der Bezirks-Eisenbahnräte anheimgegeben. Erst nachher beabsichtigte er das Projekt den übrigen Bundesregierungen mitzutheilen. Auf Grund dieses Projekts ist mit den Bundesregierungen nicht verhandelt worden. Der Ausfall von 50 Millionen reduziert sich ja durch die zu erwartende Mehreinnahme, aber es bleibt immer eine Summe zurück, welche die Finanzverwaltung berücksichtigen muß.

Abg. Brömel (dir.) verwarf sich dagegen, daß er spezielle Interessen seiner Wähler vertritt; das sei eine beleidigende Unterstellung.

Abg. Steffens (dir.): Der Angriff des Herrn von Puttkamer auf die Marienburg-Mlanke Bahn ist durchaus ungerechtfertigt. Salonwagen verkehren dort nicht, der Verkehr bewegt sich hauptsächlich in der dritten Klasse. Aber die Wagen der staatlichen Ostbahn sind auch nicht viel besser, als die der Marienburger Bahn.

Abg. Werlich (str.): Die Marienburger Bahn ist nur deshalb leistungsfähig für den Getreideexport von Rußland nach Danzig, weil die Staatsbahn ihr die Wagen zur Verfügung stellt. Herr Brömel sollte einmal die Landwirtschaft im Osten sich ansehen. Die Leute werden von uns besser bezahlt, wenn auch nicht immer in Geld, sondern zum Theil in Naturalien. Dazu tragen wir die Kosten der Armenpflege und diese ruiniert und vollstündig. Herr Brömel hat bei der Vergleichung die Leistung der vierten Klasse und namentlich die unentgeltliche Gepäckbeförderung vergessen. Für die vierte Klasse sollte der Minister generell versorgen, daß das Freigeäck eine Grenze hat. Ebenso sollte es nicht gestattet sein, daß die Agenten für eine geringe Summe einen Wagen vierter Klasse mieten und mit Menschen vollstopfen, denen sie den vollen Fahrpreis abnehmen. Ich bitte, den Antrag gleich abzulehnen.

Abg. Werlich (Z.) erklärt sich dagegen, daß die Benutzung der vierten Wagenklasse irgendwie eingeschränkt wird. Den Antrag bitte ich ohne Weiteres abzulehnen, weil wir die Frage jetzt doch nicht gründlich erörtern können.

Damit schließt die Debatte. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr werden bewilligt. Gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen wird die Ueberweisung des Antrages an die Budgetkommission abgelehnt, der Antrag selber erhält nur die Stimmen der Freisinnigen und wird ebenfalls abgelehnt.

Die weitere Beratung wird darauf auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Lokales.

Wieder etwas Neues. Das „freie“ Versammlungsrecht hat in Berlin eine neue Einschränkung erfahren durch eine polizeiliche Maßregel, welche noch unliebsamer empfunden werden dürfte, als die bisherige polizeiliche Praxis, bei Volksversammlungen, die einen starken Zulauf hatten, die betreffenden Lokale regelmäßig abzusperren und Niemand mehr hineinzulassen, auch wenn, trotz der angeblichen Ueberfüllung des Lokals, noch Platz für Hunderte von Personen in dem Lokale war. Die jetzige Maßregel, die seitens der Polizei in Anwendung gebracht wird, geht aber noch viel weiter. Jetzt ist polizeilicherseits die Zahl der Personen, die „bei Versammlungen“ in Sälen Zutritt haben dürfen, festgestellt, und wird diese Zahl durch sichtbare Plakate zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Welcher Maßstab hierbei angelegt worden ist, erhellt aus dem Plakate, das als momento mori an der Eingangstür zum Saale der Altienbräuerlei Friedrichshain prangt. Dieser Saal galt bisher gemeinhin als der größte Berliner Saal, der wohl schätzbarsten Falles 4000 Personen zu fassen vermochte. Das vorgedachte Plakat belehrt uns aber, daß in diesem Saale auf Veranlassung des Polizeipräsidenten „bei Versammlungen“ nur 2200 Personen gestattet obdacht werden dürfen. Wie werden da erst die kleineren Säle berechnet worden sein! Daß diese Maßnahme insbesondere für die Arbeiterbewegung von wesentlicher Bedeutung ist, unterliegt keinem Zweifel. Unter diesen Umständen wird es unmöglich, Volksversammlungen, die von 5000 Personen und darüber, wie bisher, besucht sein können, abzuhalten, denn ein dem entsprechende Lokal hat nach dem neuen Vergehen Berlin nicht aufzuweisen. Auch andere Konsequenzen werden sich fühlbar machen. Eine weitere Folge wird sein, die Versammlungsbesucher anzuzählen wie die Hammel, so daß das berühmte Wort von der „Hammelherde“ alle Rücksicht hat, eine praktische Anwendung zu finden. Wer übrigens diese Auszählung wird vorzunehmen haben, der Einbruler einer Versammlung, der Wirth oder die Polizei, darüber scheinen sich die Befehlten noch nicht einig zu sein. Der Kontrolle wegen wird es aber kaum zu vermeiden sein, daß alle drei Interessenten die Abzählung vornehmen. Vielleicht bekommt jeder Versammlungsbesucher eine Nummer umgehängt. Die Ausnützung der Säle für Versammlungszwecke ist polizeilicherseits von jeher beeinträchtigt durch vorzeitige Abspernung der Lokale, durch Verbot der Benutzung vorhandener Gallerien, durch das Verlangen der Freihaltung räumlich gehaltvoller Mittel- und Seitengänge und wird durch die neueste Maßnahme noch weiter beeinträchtigt. Die Gründe hierfür sind uns natürlich nicht bekannt, sehen aber als selbstverständlich voraus, daß dieselben nur in der Sorge für das Wohl der dem Berliner Polizeipräsidenten unterstellten Bevölkerung zu suchen sind.

Die Kunst- und Junngöschwärmer waren dieser Tage in Berlin versammelt und haben ihrem gepriesenen Horzen wieder einmal Lust gemacht. Die Herren, welche sich die Firma „Deutscher Junngösch- und Handwerkerlag“ zugelegt hatten, geberdeten sich sehr kampflustig und schienen nicht abel Lust zu haben, mit der Regierung ein Ränschen zu wagen. Auf diese waren sie sehr schlecht zu sprechen und einer der Redner versieg sich sogar zu der Ausrufung, Niemand könne die Geschäfte der Sozialdemokratie besser besorgen, als Minister v. Bötticher. Hier gab's stürmischen Weifall. Auf Herrn v. Bötticher sind die Jünstler ganz besonders schlecht zu sprechen, weil sie glauben, daß es ganz besonders dieser Minister gewesen ist, welcher dafür gesorgt hat, daß der schöne Traum vom Beschäftigungsnachweis so bald zerronnen ist. Es wurden eine ganze Hand voll Resolutionen angenommen — Worte, nichts als Worte! — und schließlich trantem die Jünstler ihre politische Weisheit an, indem sie beschlossen, bei den Wahlen mit aller Entschiedenheit für die konservative und Zentrumsparthei einzutreten. Uns kann's recht sein!

Aus den Debatten ging klar hervor, daß es die Regierung fertig gebracht hat, es auch mit den Jünstlern gründlich zu verderben. Das kann uns wieder Recht sein. Für die politische und wirtschaftliche Einsicht der Jünstler ist es in hohem Grade bezeichnend, daß während der drei Tage dauernden Diskussion auch nicht einer der Redner das wirtschaftliche Gebiet auch nur streifte. Darüber waren die Herren vollkommen einig, daß der Niedergang des Handwerks mit unheimlicher Schnelligkeit vor sich gehe und daß die Auflösung auf der ganzen Linie nicht mehr lange auf sich warten lasse, wenn nicht durchgreifende Besserungsmittel zur Anwendung gelangten. Die Regierung hat derartige Mittel nicht auf Lager, die Jünstler selbst wissen sich aber auch keinen Rath mehr. Die Katastrophe wird sich also binnen wenig Jahren vollziehen! Und selbst wenn die Regierung die Wünsche der Jünstler erfüllt, so wäre damit auch nicht viel erreicht. Der Niedergang und die schließlich Auflösung des Handwerks ist eine unabwendbare Folge der kapitalistischen Wirtschaft, — das schien keiner der Jünstler zu wissen oder es hatte keiner die Klugheit, es auszusprechen. Diese unsere Behauptung läßt sich un schwer beweisen. Eine ganze Zahl ehemals blühender Handwerke, die

Ihren Mann gut nähren, sind uns heute kaum mehr dem Namen nach bekannt. Vor einem halben Jahrhundert noch ein ausschlaggebender Faktor im Gemeinwesen, existiert heute auch nicht ein Handwerker dieser Branchen mehr. Das Großkapital setzte diese Branchen mit seinem goldenen Besen hinweg, die Maschinen machten die Handarbeit überflüssig, die Handwerker verarmten und mußten sich den Fabrikflüssen einreihen lassen. Ein Beispiel aus neuerer Zeit sei noch erwähnt: Vor 30 bis 40 Jahren bildeten die Nagelschmiede noch eine „ehrliche Kunst“. Da wurde die erste Fabrik im Tale erbaut, die ihre Produkte (Drahtnägeln, Drahtstifte etc.) zu einem erstaunlich billigen Preise auf den Markt warf. Bald folgte die zweite, dritte, vierte und eines Tages fanden die Nagelschmiede für ihre Handarbeit keine Absatzgebiete mehr. Die Veteranen der Kunst versuchten vergeblich, gegen die Konkurrenz anzukämpfen, sie wurden erdrückt durch die Maschinenarbeit und mußten das Handwerk „mit dem goldenen Besen“ an den Nagel hängen und sich selbst dazu. Die Nagelschmiedegesellen suchten in den Fabriken Arbeit oder sattelten um und heute ist von der „ehrlichen Kunst“ kein Rest übrig geblieben. Wie den Nagelschmieden, so ist es anderen Handwerkern auch ergangen. Die Raschmacher existieren nur noch dem Namen nach, die Weber und Wirler von Berlin haben ihre Rolle längst ausgespielt und wir sind heut Zeuge, wie sich an den Handwebern des Saalegebirges und der sächsischen Lausitz das gleiche Schicksal vollzieht. Keine Jannung, keine Kunst, kein Berechtigungsweesen kann diesen Prozess aufhalten, er ist bedingt in der Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Daß die Künstler auf ihrem Handwerkertage dieses Aufsaugungsprozesses keine Erwähnung geihan haben, ist ein Beweis, daß ihre wirtschaftlichen Kenntnisse nicht weit her sind.

Von einer Genossin erhalten wir folgendes Schreiben: „Reulich in seiner Rede erklärte Herr v. Herrfurth u. A., daß die Altersrente nicht zu niedrig sei, (er hatte besonders die Landbevölkerung im Auge), behauptete aber gleich dabei, daß Altersrentner nicht in häuslichen geeigneten Beschäftigung fänden; liegt hierin nicht ein offenkundiger Widerspruch? Klar und deutlich beweist doch die letzte Behauptung, daß die Altersrente entgegen seiner Meinung zu niedrig ist, der Altersrentner davon nicht existieren kann, sondern noch irgendeine Beschäftigung suchen muß, um nicht zu verhungern. Selbstredend findet Jemand, der unter harter Arbeit ein trauriges Dasein, oft unter Noth und Entbehrung bis zu der Altersgrenze geschleppt hat, von der an ihm der „Genuß“ der Altersrente gewährt wird, in keiner Fabrik oder sonstigen Arbeitsstätte mehr Beschäftigung, er muß notwendig in irgend einer anderen Weise suchen, seine von der Prostitution des Kapitalismus ausgezogenen noch übrigen, matten erlöschenden Kräfte anderweitig anzubieten, es bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich in einer bescheiden resp. verwandten Familie nützlich zu machen, daß ist immer wieder die Familie eines Arbeiters. Hiernach ist dem Arbeiter eine Last doppelt auferlegt. Einerseits ist er verpflichtet, sich einen Theil seines wöchentlichen Verdienstes abzugeben zu lassen, als Steuer in die Alters-Invalidentasse, auf der anderen Seite muß er seinen, für dieselbe Person schon einmal verkürzten Lohn noch in Form teilen, indem er dem bei sich aufgenommenen Altersrentner den nöthigen Lebensunterhalt gewährt, denn nennenswerthe Gegenleistungen sind in den allermeisten Fällen kaum von einem so bejahrten Arbeiter zu erwarten.“

Ist es denn da nicht so notwendig, im Interesse der Arbeiterschaft Aenderung zu schaffen?

Trucksystem? Einer unserer Abonnenten macht uns die folgenden bezeichnenden Mittheilungen: Die Arbeiter, welcher bei der Firma H. Schönfeldt u. Co., Adolfsstraße 12, in Arbeit treten, erhalten bei Uebernahme ihres Postens einen Zettel (gedruckt) folgenden Inhalts vorgelegt:

Berlin, den 189 .

Indem ich Endunterzeichneter am heutigen Datum bei der Firma H. Schönfeldt u. Co., Adolfsstraße 12, in Arbeit trete, verpflichte ich mich, während der Arbeitszeit und den Arbeitspausen meine Getränke an Bier und Spirituosen nur von dem Restaurateur Adolf Krüger, Adolfsstraße 12, zu beziehen, welcher auch erdödig ist, mir solche kreditweise während einer Woche zu überlassen. Am Sonnabend Abend bei der Auslieferung soll der Firma H. Schönfeldt u. Co. das Recht zugehen, die etwaige Schuldforderung des Herrn Adolfs Krüger mir von meinem ausgezahlten Wochenlohn in Abzug zu bringen.

Das ist ja ein Stück Trud! Der Arbeiter muß sich also verpflichten, Alles, was er während der Arbeitszeit und der Arbeitspausen trinken will, von dem in demselben Hause wohnenden Restaurateur zu beziehen. Dieser pumpt auch während einer Woche und die Firma zieht dann den Betrag vom Wochenlohn ab. In welchem Verhältniß steht der Wirth zu der Firma, daß die letztere ihre Arbeiter zwingt, nur bei ein und demselben Wirth ihre Bedürfnisse einzukaufen? Die Arbeiter sind diesem auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert, er kann die Preise stellen, so hoch er will, er kann eine Qualität liefern, welche er will. Um sein Geld braucht er auch nicht bange zu sein, denn die Firma verfehlt für ihn die Dienste eines Kassirers, indem sie am Sonnabend die Schuldbeträge abzieht. Die Arbeiter haben durchaus nicht notwendig, sich eine solche Bevormundung gefallen zu lassen. Sie sollen den Zettel einfach zurückweisen und wenn er ihnen dennoch aufgedrängt werden sollte, so müßten dieselben mal an zuständige Stelle Erkundigungen einziehen, ob das Vorgehen der Firma denn auch ein streng gesetzmäßiges ist.

Zu der Wohlharmonie, dem bekannten gebokkotteten Lokal, wird heute Abend zum Besten der jüdischen Volkstüche das Tanz- und Gesangsprogramm. Ob die armen polnischen Schnorrer deswegen größere Knoblauchwürste in ihren Schaletnapf kriegen werden, muß dahingestellt bleiben. Hoffentlich wird Eina Morgenstern mit ihren Simultan-Volkstüchen nicht zurückbleiben. Wir sind neugierig, ob unser Berichterstatter uns mittheilen wird, daß auch Gäfte der Volkstüche an diesem Schwoof theilnehmen dürfen.

Berlin steht vor der Gefahr des Hochwassers, wenn die Spree noch einige Tage so weiter steigt, wie in den letzten Tagen. Einen so hohen Wasserstand, wie gegenwärtig, hat die Spree noch nie gehabt, auch nicht einmal annähernd im vorigen Jahre, wo schon die Befürchtung geübt wurde, daß eine Ueberschwemmung an verschiedenen Uferstellen eintreten könnte. Der normale Wasserstand für Berlin beträgt 32,29 Centimeter. Am 14. Februar nun betrug das Oberwasser 32,60 und das Unterwasser 31,54. Am 17. dagegen 32,66 und 31,80. Seit kurzem also ist die Spree um 6 bzw. 32 Centimeter gestiegen. Wohin also ist die Spree um 6 bzw. 32 Centimeter gestiegen. Wohin man längs der Innenspree auch blickt, sind die Wirkungen dieser rapiden Steigerung bemerkbar. Stellenweise, so an der Hinterfront der Häuser der Breitenstraße ist namentlich bei den tiefer gelegenen das Wasser nur noch wenige Centimeter von den Kelleröffnungen entfernt. Beim Kurfürstendamm des Schlosses und am Maschinenhaus für die elektrische Beleuchtung desselben sind die Abflussskanäle fast bis oben an aufgeschwemmt, so daß man sich genöthigt gesehen hat, für den Eintritt einer Verstopfung Vorkehrungsmaßregeln zu treffen. Am Maschinenhaus der Fontäne für den Lustgarten ist die Spree bereits über das Ufer getreten, und zwischen Schloss- und Oberstraße ist die Spree mit vielen großen Abläufen angefüllt, welche wegen des Hochwassers nicht durch die Brücken durchfahren können.

Eine nicht unbedeutende Ausdehnung soll, wie verlautet, die Thätigkeit der im hiesigen Zeichenschauhaus angestellten Beamten demnächst erfahren. Während bisher daselbst nur die Zeichen eingeleitet worden sind, welche innerhalb der Reichsgrenze Berlins aufgefunden wurden, wird wahrscheinlich schon vom 15. März d. J. ab das

Schauhaus auch alle diejenigen Zeichen aufnehmen, welche in den Vororten in Bezug auf die Todesursache ein behördliches Einschreiten erforderlich machen. Dahin gehören Spandau, Bantow, Nizdorf, Friedrichshöhe, Weißensee, Friedrichsberg, Lichtenberg, Schöneberg, Tempelhof u. s. w. Die Ursache dieser Neueinrichtung dürfte darin zu suchen sein, daß in den Vororten die Mäulichkeiten zur Unterbringung der Leichen und namentlich zur Vornahme der gerichtärztlichen Leichenöffnungen nicht ausreichend erscheinen. Ferner spricht wohl der obn und mit so vielfachen thaurigen, ja oft empörenden Illustrationen belegte Umstand mit, daß der Standort öfters nicht genau feststeht, und der Leichenwagen erst längere Zeit umherfahren muß, ehe ihm der Leiche abgenommen wird. Die Bewältigung der aus der geplanten Ausdehnung entstehenden Arbeit wird die Einstellung eines besonderen Transportwagens zur Folge haben müssen. Auch wird eine Vermehrung der Beamten des Schauhauses nicht zu umgehen sein.

Von einem Schwindler, der Familien, die Petroleum wöchentlich beziehen, in dreier Weise schädigt, wird uns aus der Gegend der Charlottenstraße berichtet. Dasselbe ereignete am Donnerstag in einem Hause ein junger Mann und forderte unverfroren die Petroleumkassette. Als ihm erwidert wurde, daß doch gewöhnlich am Freitag Petroleum gebracht würde, sagte er, daß ihm das gleichgültig sei, er wäre gerade in der Nähe, er könne aber auch am nächsten Tage wiederkommen. Daraufhin wurde ihm die Petroleumkassette ausgehändigt, er brachte dieselbe nach längerer Zeit zurück, krich den Betrag ein und entfernte sich. Am nächsten Tage erschien der wirkliche Petroleumlieferant, und nun stellte sich heraus, daß der Schwindler Wasser statt Petroleum geliefert habe. Den Schmerz Derjenigen, welche die Lampen mit Wasser gefüllt hatten und diese Prozedur nun noch einmal mit Petroleum vornehmen mußten, kann nur der würdigen, der selbst einmal in ähnlicher Weise eingeleitet worden ist.

Selbstmord auf offener Straße. Durch einen Revolver-schuss in die rechte Schläfe hat in der verflohenen Nacht gegen 2 Uhr ein gut gekleideter Mann an der Ecke der Charlotten- und Französischenstraße seinem Leben ein jähes Ende bereitet. Der durch den Schuss alarmirte Nachtwächter fand den Lebens- und nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, blutüberströmt auf dem Pflaster liegend vor und schaffte ihn mit Hilfe einiger Passanten nach dem nahegelegenen Bureau des 88. Polizeireviere. Nach Anlegung eines Nothverbandes erfolgte durch einen Schuhmann die Ueberführung des Verwundeten nach der Charite, wo er jedoch bald nach seiner Einlieferung verstarb. Der Selbstmörder scheint nach bei ihm vorgefundenen Legitimationspapieren ein in den dreißiger Jahren stehender Kaufmann Wilhelm Lenz aus Waldenburg in Schlesien zu sein. Finanzielle Schwierigkeiten haben, diesen Papieren nach, seinen Tod herbeigeführt.

Das Geheimnißvolle des Leichenfundes in der Wohnung der angeblichen Kaiserin Marie Bätow, Johannisstraße 9, hat sich insofern etwas geläutert, als die bisher verschwundene von der Kriminalpolizei entdeckt und als zu dem Stande der Prostitution gehörig festgestellt worden ist. Dieselbe befindet sich gegenwärtig in Haft; das mit Bezug auf den geheimnißvollen Fall angestellte erste Verhör hat jedoch eine völlige Aufklärung noch nicht ergeben und so sollen, wie unser Berichterstatter aus zuverlässiger Quelle erzählt, die Vernehmungen im Laufe des heutigen Nachmittags fortgesetzt werden. Wir werden aber das Resultat derselben sofort nach Abschluß weiter berichten. — Aus seinen Ermittlungen am Schauplatz des Ereignisses theilt uns ein anderer Berichterstatter noch die folgenden Einzelheiten mit: Das Zimmer der 38 Jahre alten, unverheirateten Person befindet sich im vierten Stock des Hinterhauses und ist von einer Frau K. abgemietet, bei welcher die Bätow bereits seit etwa Jahresfrist wohnte. Aufgefallen ist dieser Frau, daß ihre Mietherin oft 8—14 Tage hindurch nicht in ihrer Wohnung anwesend war, sie hatte vorher nur stets die Wirthin von ihrem Ausbleiben in Kenntniß gesetzt und ihre Stubenschlüssel zurückgelassen. Seit verflohenem Sonntag ist sie nun wiederum abwesend, ohne jedoch davon etwas gesagt zu haben, und da die inzwischen kommenden Zeitungen bis zum Mittwoch vor der Thür des Zimmers liegen geblieben waren, so klopfte eine zweite Mietherin der Frau K. an diesem Abend an die Thür der Wohnung und sah, da sie keine Antwort erhielt, durchs Schlüsselloch. Auffallender Weise steckte der Schlüssel der von innen verriegelten Thür im Schloß, und da man ein Unglück vermutete, wurde das Zimmer durch einen Zugang von der Mietherin, die durch ein Spind verstellte war, geöffnet. Hier fand man den erwähnten unbekanntem Mann als Leiche in der schon geschilderten eigenhämlichen Stellung. Beim Lösen des Tuches zeigte sich der Hals stark geschwollen. In dem Rock des Mannes befand sich ein leeres Portemonnaie, in demselben ein Pfandschein über eine ver-sehete Uhr; Name des Verleiher und Pfandleiher waren nicht zu entziffern. Man glaubt in dem etwa 40-jährigen Mann einen Arbeiter zu erkennen, der öfters Abends spät bei der Bätow erschienen ist und als Bräutigam des Mädchens galt. Spuren von Gewaltthat sind an dem Körper nicht zu erkennen. Alle Geräthe, die über einen anscheinenden Mord-Charakter der Angelegenheit lausiren, sind mit großer Reife aufgenommen, und wie wir von positiv unterrichteter Seite noch weiter erfahren, dürfte sich die Sache nach den bis jetzt vorhandenen Indizien beinahe harmlos auflösen.

Polizeibericht. Am 17. d. Mts. Abends brachte sich ein Handlungsgehilfe in seiner Wohnung in der Kommandantenstraße mittelst Revolvers einen Schuss in die Brust bei. — Am 18. d. Mts. Nachmittags stürzte sich ein 74-jähriger Mann aus einem Fenster seiner im 2. Stock des Hauses Brunnenstr. 4 belegenen Wohnung auf den Hof hinab und verstarb bald darauf infolge der erlittenen Verletzungen. — Zu derselben Zeit wurde ein Posthilfsbote im Keller des Hauses Marienstr. 10 erhängt vorgefunden. — An der Ecke der Landsberger- und Webersstraße wurde Abends ein Kellner von einer Drochse überfahren und am Bein so bedeutend verletzt, daß er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 19. d. Mts. brachte sich ein unbekannter, etwa 30 Jahre alter Mann aus dem Gendarmenmarkt mittelst Revolvers einen Schuss in die Brust bei und verstarb auf dem Wege nach der Charite. — Am 18. d. Mts. und in der darauf folgenden Nacht fanden zehn kleine Brände statt.

Berichts-Beitrag.

Die Gefährlichkeit der Hehler zeigte wieder einmal ein gestern vor der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I sich abspielende Verhandlung, bei welcher auf der Anklagebank im Uebermaß Thännen vergossen wurden. Angeklagt waren zwei Söhne anständiger Eltern, welche von Vermögensschändung verführt und von einem gewissenlosen Mann begünstigt, in dem Geschäft welchem sie als Lehrlinge angehörten, ziemlich umfangreiche Diebstähle verübt haben. Die beiden jungen Leute waren in dem Geschäft von van Bienen u. Fischbein (Damen-Kleider) und Konfektion für Kinder) angeheftet. Der Ältere von ihnen hatte schon weit über sein Alter hinausgehende Neigungen: er schwärmte gern in Restaurationen mit Mädchenbedienung umher, ver-prakte viel Geld in allerlei Lokereien und spielte gern den angenehmen Schwermüthigen. Natürlich reichte dazu sein ihm von Hause bewilligtes Taschengeld und das Kostgeld nicht aus und er ging infolge dessen auf Diebstähle aus. Der Schneider Hartkopf, welcher für die Familie des Angeklagten arbeitete, ließ sich leider nach kurzer Ueberredung dafür gewinnen, dem leichtsinnigen

jungen Menschen bei seinem verbrecherischen Vorhaben beihilflich zu sein, indem er sich erbot, ihm die gestohlenen Waaren abzunehmen. Auf der schiefen Ebene ging es dann rasend schnell in den Abgrund. Nachdem der junge Mensch die erste Veruntreuung glücklich überstanden, kam der Appetit im Essen und in kurzer Zeit waren Hemdentücher, Kinderwäsche, Damenhemden u. s. w. im Werthe von ca. 500 M. zu dem Fehler gewandert. Der Spitzbude erhielt dafür 75 M., welche er sehr schnell verjubelte. Derselbe führte die Diebstähle meist in den Morgenstunden aus, wenn außer ihm und seinem jüngeren Kollegen Niemand weiter in Geschäft anwesend war. Den letzteren weichte er in das Geheimniß ein, befehlte ihm zum Aufpasser und regte bei ihm den Appetit dermaßen an, daß auch er sich zu drei selbständigen Diebstählen verleitete ließ. Der Staatsanwalt hielt dafür, daß gerade dieser Fall wieder ein Beweis für die große Gemeingefährlichkeit der Hehler sei, da ohne dieselben nicht so viele junge Leute zu Verbrechern werden würden. Er beantragte deshalb gegen Hartkopf 1 Jahr Zuchthaus und gegen die beiden spitzbübischen Lehrlinge 1 Jahr bzw. 3 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof nahm nur wiederholte einfache Hehlerei an und verurtheilte D. zu 10 Monaten Gefängniß. Die beiden Lehrlinge kamen mit 6 Monaten bzw. 3 Wochen Gefängniß davon.

Das Vorverfahren gegen den Bankier Polke, welches bereits beinahe ein Jahr dauert, ist nun bis zur Erhebung der Anklage gediehen. Dieselbe ist dem Angeklagten zugestellt worden, und es ist nunmehr die Ansetzung eines Termins zur Hauptverhandlung zu erwarten.

Soziale Uebersicht.

Die Glasperlenmacher des Isergebirges beschlossen nach Mittheilung des „Bureau Herold“ die Niederlegung der Arbeit, falls der Lohn noch weiter herabgesetzt werden sollte.

Lohnherabsetzungen sollen am 1. März in Höhe von 20—25 pCt. auf den Preisen des Hennegaues und Sittichs (Belgien) vor sich gehen. Die Ausfuhr belgischer Kohlen nach Frankreich soll infolge des neuen Zonenariffs zurückgegangen sein.

Arbeiterentlassungen haben auf den westfälischen Zechen Sellenbeck, Lüftaden, Roland, Concordia und Wiese stattgefunden.

Gegen 3000 Arbeitslose in Dresden beauftragten in einer Versammlung die sozialdemokratische Landtags-fraktion, von der Staatsregierung und dem Landtage energische Schritte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und deren Folgen zu fordern. Ferner wurde die Festsetzung eines Minimallohnes für Arbeiter bei staatlichen Arbeiten verlangt.

Auch die Arbeitslosen Braunschweigs wählten eine Kommission, welche beim Magistrat um Beschaffung von Arbeit Gelegenheit vorstellig werden soll. Die beiden Arbeitervertreter in der Stadtverordneten-Versammlung sind beauftragt, die Kommission zu unterstützen.

Die Produktivgenossenschaft der Töpfer Magdeburgs hat nach dem Beschlusse ihrer letzten Generalversammlung die Firma: „Afenfabrik vereinigter Töpfer, e. G. m. u. H.“ angenommen.

Weiteres zur Gewerbenovelle. Dem Bundesrath ist ein weiterer Entwurf zu den Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern zugegangen, und zwar auf Steinkohlenbergwerken, Zink und Bleierzbergwerken und auf Kolerien im Regierungsbezirk Oppeln.

Unternehmer-Egoismus. In Grimmen (Pommern) hat ein Ziegeleibehrer seinen Arbeiter zugemüthet, einen Revolver zu unterschreiben, laut welchem sie sich verpflichten, den ganzen Sommer bei ihm zu arbeiten. Um ganz sicher zu sein, zieht der Unternehmer den Arbeitern je nach dem Verdienst pro Woche 50 Pfennig oder 1 Mark ab, welches Geld erst am Jahres-schlusse ausgezahlt werden soll. Fünf Arbeiter, welche sich weigerten, diesen Revolver zu unterschreiben, wurden sofort entlassen.

Paragrafische Willkür. In einer Fabrik zu Iserlohn wurde seitens des Besitzers dem Personal folgende Mittheilung gemacht:

„Zur Beachtung. Ich bringe hiermit zur Kenntnißnahme meiner Arbeiter, daß ich am heutigen Tage Herrn . . . als Walzmeister angestellt habe, und hat ein Jeder dessen Anordnungen Folge zu leisten. Sollte ein Arbeiter dem Walzmeister den Gehorsam verweigern, so ist letzterer befugt, den betreffenden sofort zu entlassen, auch ist der Walzmeister berechtigt, dem Arbeiter, der sich nicht zu seiner Zufriedenheit führt, zu kündigen. Kündigung von Seiten der Arbeiter hat auf dem Kontor zu erfolgen.“

Der Arbeiter muß kündigen — er selbst kann aber schon sofort entlassen werden, wenn der Walzmeister nicht mit ihm „zufrieden“ ist.

Lückenhaftigkeit in der Krankenversicherung. In der „Pöner Zeitung“ ist folgende Mittheilung veröffentlicht: „Im hiesigen Diakonissen-Krankenhaus befindet sich ein 28-jähriges Mädchen, Auguste Neumann, welche des Mitleids werth ist. Derselben muß wegen Tuberkulose, sämtlicher Fußwurzelknochen der Unterextremität abgenommen werden. Da sie auf einem Freibett verpflegt wird und durchaus arm ist, ihr auch keine Geldmittel von irgend einer Seite zur Beschaffung eines Stelzbeines oder eines künstlichen Fußes zu Gebote stehen, bitte ich hochberzigte Mitmenschen um gütige und sind es auch kleine Gaben zur Beschaffung dieser Apparate. Gaben nimmt in freundlicher Weise die Expedition dieser Zeitung entgegen. Posen, den 15. Februar 1892. Dr. Gemmel.“

Zu Sachen der Sonntagruhe hat das Kreisamt Borsen den ihm unterstellten Bürgermeistereien mitgetheilt, es beabsichtige für die Landgemeinden des Kreises anzuordnen, daß die Beschäftigung der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter des Handelsgewerbes am Sonn- und Festtagen auf die Stunden von 6—9 Uhr Vormittags und 11—1 Uhr Nachmittags beschränkt ist, vorausgesetzt, daß nicht für die ganze Provinz Bestimmungen getroffen würden.

Einhundert Mark Entschädigung erhielt nach der Würzburger „Volks-Tribüne“ ein Kanakist des dortigen Magistrats, welcher 18 Monate lang unter erschwerenden Umständen das Amt eines Pfandamts-Kontrollieurs versah und zur Bewältigung der Arbeit dabei etwa 600 Gztastunden machen mußte. Wer bei diesen 100 M. mehr Seelengröße an den Tag gelegt hat, ob der spendable Geber, als er diese Summe bewilligte, oder der Kanakist, indem er dieses Trinkgeld annahm, ist uns nicht zweifelhaft.

Schweizerisches. Der Luzerner Grofrath hat das Gesetz betr. Einführung gewerblicher Schiedsgerichte, mit großer Mehrheit angenommen.

Versammlungen.

Eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung tagte am Sonntag im Saale der Gambinus-Brauerei in Charlottenburg. Reichstags-Abgeordneter Singer sprach über

Sozialdemokratischer Wahlverein f. den VI. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonnabend, den 20. d. M., im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstr.-Ecke.

2. Stiftungsfest

unter Mitwirkung der Gesangsvereine Sängerkor der Cöper, Glücks, Gleichheit, Euphonia und Unverdorffen (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes) unter Leitung des Dirigenten Herrn Pieber, sowie vieler Spezialitäten.

Festrede vom Genossen **Wilhelm Liebknecht.**

Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Billets sind zu haben bei: Franz Glöckert, Müller- und Fennstraßen-Ecke; H. Raschko, Wiesenstr. 8, S. 3 Tr.; H. Werle, Chorinerstr. 30, 4 Tr. bei Grünwald; A. Hein, Kastanien Allee 76, S. 2 Tr.; R. Wittig, Brunnenstraße 121, 4 Tr.; P. Hermerschmidt (Moabit), Verlebergerstr. 28; Haberlandt, Bestermannstr. 87; A. Linniken, Beuhelstr. 57; Steinbach, Antonstr. 1; J. Gnadt, Brunnenstr. 88; E. Schmidt, Treßlow- und Diederhofenerstraße-Ecke; H. Hilgenfeld, Bergstr. 60; Adolf Scholtz, Kastanien Allee 95; sowie bei allen Vorstandsmitgliedern, Zahlstellen und mit Plakaten belegten Handlungen. Um rege Beteiligung ersucht.

428/12 **Der Vorstand.**

Große öffentliche Versammlung

Pyker u. Maurer Berlins u. Umg.

am Sonntag, 21. Februar, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Horbert (großer Saal), Beuthstr. 19-21.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über Gewerbe-Schiedsgerichte. Referent Stadtv. Vogt.
 2. Berichterstatter der von den Pykern auf Listen gesammelten Gelder zum Buchdruckerstreik. 1492b
 3. Unsere jetzigen Lohnverhältnisse und Verschiedenes. Die Kollegen, welche noch Sammellisten haben, werden gebeten, dieselben vor der Versammlung abzugeben.
- B. Förster**, Lübeckerstr. 43. **H. Klingenberg**, Mittenwalderstr. 33. Vertrauensmänner der deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen für Berlin.

Lithographen, Steindrucker u. Berufsgen.

Alle diejenigen Kollegen, die noch im Besitze von Sammellisten für die angesprochenen Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind, werden ersucht, dieselben sofort, gezeichnet oder ungezeichnet, an die bekannten Zahlstellen oder Kommissionsmitglieder abzuliefern, widrigenfalls die Nummern der Listen mit den Namen der Entnehmer in diesem Blatte veröffentlicht werden. J. A. der Kommission: 446/3 **Fr. Scherrer**, Lithograph, Plegnierstr. 21, v. II.

Große öffentliche Versammlung

sämtlicher selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender

am Sonntag, d. n. 21. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, im „Feen-Palast“, Burg- u. Wolfgangstr.-Ecke.

Tages-Ordnung:

1. Die Lage des Kleinhandwerklers. Referent Reichstagsabgeordneter **August Bebel.** 1516b
 2. Diskussion.
- Zur Deckung der Unkosten findet Fellerfassung statt. **Der Einberufer: R. Franke.**



Solidarität!

Arbeiter! Nur Güte, welche nebenstehende Marke unter dem Schweißblech tragen, bieten Garantie, daß den Verfertiger gerechtes Lohn wurde!

Der Kauf nur Güte mit dieser Marke!

In folgenden Geschäften sind Hüte mit Kontrollmarken zu haben:

- | | |
|---------------------------------------|--|
| H. Aertzens, Pringensstr. 28. | Oh. Otto, Chausseestr. 22. |
| O. Arnold, Dresdenerstr. 116. | O. Polvoigt, Frobenstr. 23. |
| Rud. Beisse, Chausseestr. 70. | O. Pimpel, Landbergerstr. 103. |
| A. Becker, Reinickendorferstr. 14a. | P. Pohle, Schwerinstr. 12. |
| O. Böttcher, Lichtenbergerstr. 1. | Böhme, Potsdamerstr. 104. |
| A. Bracklow, Schönhauser Allee 29. | W. Rother, Arndtstr. 31, vis-à-vis der Schendendorferstraße. |
| Alb. Binn, Landsbergerstr. 43. | E. Rieck, Wabstr. 64. |
| W. Böhm, Blücherstr. 11. | C. Schulz, Söminmünderstr. 145. |
| Dresdenerstr. 123. | A. Schlegel, Brunnenstr. 33. |
| L. Cohn, Androsstr. 67. | Carl Stark, Neue Königsstr. 73. |
| H. Diederich, Oranienstr. 9. | H. J. Stoboy, Oranienstr. 170. |
| Mariannenstr. 43. | Strossemann, Neue Königsstr. 11. |
| O. Dittol, Panstr. 24a. | F. Sporreuter, Poststr. 16. |
| E. Dittmer, Aderstr. 68b. | W. Sy, Brunnenstr. 139. |
| G. Dunsing, Dresdenerstr. 6. | Carl Wolter, Ransstr. 8. |
| Paul Dronske Nachf., Oranienstr. 172. | A. Wittenbecher, Moabit, Lübeckerstr. 4. |
| P. Fraude, Müllerstr. 183. | Rud. Wegener, Stromstr. 29. |
| A. Fuchs, Rantewallstr. 35/36. | W. Zapel, Skaligerstr. 131 (neben Krüger u. Hofmann). |
| Staligerstr. 39. | A. Zochelius, Eisenbahnstr. 10. |
| Th. Gerlach, Simeistr. 39. | G. Rätzig, Fehrbellinerstr. 88. |
| Gust. Gross, Frankfurter Allee 167. | E. Bergmann, Markgrafstr. 100. |
| R. Haase, Kastanien-Allee 36. | C. Sarsch, Fehrbellinerstr. 56. |
| Fr. Haupt, Große Frankfurterstr. 145. | W. Bonecke, Potsdamerstr. 96. |
| W. Hildebrandt, Schönhauser Allee 4. | O. Böttcher, Friedrichshagen. |
| O. Jörs, Panstr. 5a. | Bossolmann, Charlottenburg, Scharrenstr. 11a. |
| A. Kehr, Köpnickestr. 126. | T. Koschel, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 27. |
| W. Klem, Bernauerstr. 108. | E. Radow, Charlottenburg, Berlinerstraße. |
| G. Köpke, Pringensstr. 60. | F. Julow, Pankow, Breitestr. 24. |
| Potsdamerstr. 126a. | G. Schaudt, Neu-Weißensee, Langhansstr. 71. |
| Kriegshammer, Bellealliancestr. 91. | C. Schmidt, Köpenick, Kiekerstr. 41. |
| G. Knaake, Androsstr. 24. | A. Klinge, Köpenick, Gränstr. 33. |
| O. Kuhle, Waldemarstr. 28. | C. Wanks, Rixdorf, Bergstr. 9. |
| P. Kunz, Pringens-Allee 67. | R. Woldner, Dresdenerstr. 100. |
| Emil Kunze, Brunnenstr. 67. | |
| Ph. Krall, Rheinsbergerstr. 50. | |
| Franz Köppen, Müllerstr. 14a. | |
| O. Liskow, Oranienstr. 47a. | |
| Arnold Lange, Brunnenstr. 196/197. | |
| O. Schulze, Ruppinerstr. 27. | |
| H. Meissner, Neue Hochstr. 43. | |

Von Seiten der Händler wird sehr oft der Kniff angewendet, indem sie sagen: Für diese Sorte Hüte gibt es keine Marken.

Wir machen darauf aufmerksam, daß es Hüte mit Marken in allen Preislagen und Qualitäten gibt und die Kunde nur gemacht wird, um den Käufer irre zu führen.

Jedem wir die Genossen bitten, nur die von uns veröffentlichten Geschäfte zu berücksichtigen, ist es auch hier nötig, sich zu überzeugen, daß die Marke schon vorher im Hute liegt.

Jedes Einkleben der Marke beim Kauf ist Betrug. Alle Unregelmäßigkeiten bitten wir an uns zu berichten.

Die Arbeiter-Kontroll-Kommission.

J. A.: **C. Kempe**, Georgenkirch-Platz 8, NO.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Soeben erschienen:

Neudruck des Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitagess der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,

abgehalten zu Erfurt vom 14.-20. Oktober 1891. 368 Seiten. Preis 50 Pfg.

Wir ersuchen die Parteigenossen, denen Exemplare fehlen, um ihren Bedarf baldigst anzugeben.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Bei Bestellungen von auswärts bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages. (Porto für 1 Exemplar 20 Pf. extra.)



Preis-Verzeichnis

von Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe 168 Oranienstrasse 168.

Ich empfehle zu nachstehenden sehr billigen Preisen:

- | | |
|--|---------------------|
| A. Anzüge. | Mark |
| Jacket-Anzug von melirtem und carrirtem Buckskin, schöne Muster | 17,50 |
| Jacket-Anzug von melirtem Forster Cheviot, schöne helle Farben | 20,- |
| Jacket-Anzug von dunklem Velour, carrirt oder gestreift | 22,50 |
| Jacket-Anzug von gewirtem Cheviot, schöne helle und melirte Muster | 25,- |
| Jacket-Anzug von feinem carrirtem u. melirtem Cheviot | 28,- |
| Jacket-Anzug von blau Cheviot, eleganter Promenaden-Anzug | 30,- |
| Jacket-Anzug von feinem gewirtem Stoff, sehr haltbar | 33,- |
| Jacket-Anzug von Velour, sehr haltbar, mit feidener Borde, in ganz neuen Mustern | 33,- |
| Jacket- oder Rock-Anzug von Velour, mit feid. Borde, schöne dunkle Muster, kräftige Waare | 36,- |
| Jacket-Anzug von Cottbusser Cheviot, in echt englischen Mustern, sehr dauerhafter und eleganter Promenaden-Anzug | 39,- |
| Jacket-Anzug von feinstem dunkelblauen Cheviot, ein- oder zweireihig | 42,- |
| Jacket-Anzug von dunkler Velour, mit seidener Borde, prima | 45,- |
| Jacket- oder Rock-Anzug von imitirtem Kammgarn, haltbar und elegant, seidene Borde | 50,- |
| Jacket- oder Rock-Anzug von gemustertem Kammgarn, elegant. Anzug | 56,- |
| Jacket- oder Rock-Anzug v. einfarb. Kammgarn, feiner Salon-Anzug | 56,- |
| Jacket- oder Rock-Anzug von gemustertem Nachener Kammgarn, eleganter Promenaden-Anzug, Neuheit | 42,- |
| Jacket-Anzug von gemustertem Nachener Kammgarn, Neuheit, sehr fein | 45,- |
| Jacket- oder Rock-Anzug von ff. Nachener Kammgarn, hochfeiner Salon- und Promenaden-Anzug | 48,- und 54,- |
| Jacket- oder Rock-Anzug von blau Diagonal | 25,- und 35,- |
| Gehrock-Anzüge in Kammgarn od. Tuch, sehr elegant | 36, 40, 45 bis 54,- |
| B. Hosen | |
| Hose von gewirtem Buckskin in melirten Mustern | 3,50 |
| Hose von gewirtem Forster Buckskin, schöne Melangen | 4,50 und 5,- |
| Hose von Gladbacher Zwirnbuckskin, schöne gestreifte Muster in haltbaren Stoffen | 5,- |
| Hose von Gladbacher Kammgarn, schöne Streifen | 4,50 und 6,- |
| Hose von Forster Zwirn-Cheviot, elegante haltbare Stoffe | 7,50 |
| Hose von Velour in kräftig gestreifter Waare, hell oder dunkel | 6,- |
| Hose von Velour in sehr kräftiger Waare, gestreift oder gemustert | 7,50 |
| Hose von schwarzem Satin | 9,- und 10,50 |
| Hose von Kammgarn mit Seide, hochfeine neue Muster | 9,50 |
| Hose von Velour, prima | 12,- |
| Hose von Cottbusser Zwirn, Neuheit, sehr elegant und fest | 11,- |
| Hose von Cottbusser Cheviot | 12,- |
| Hose von Nachener Kammgarn, sehr elegant | 12,- und 10,- |
| Hose von prima Kammgarn, hochfein | 20,- bis 15,- |
| C. Pal tots. | |
| Eleganter Valetot von hellem und dunklem Cheviot | 15,- |
| Eleganter Valetot von hellem Cheviot | 18,- und 20,- |
| Eleganter Valetot von Satin, alle Farben | 24,- |
| Feiner Kammgarn-Valetot in allen Modifarben | 30,- |
| Feiner Diagonal-Valetot, sehr schöne Farben | 30,- |
| Hochfeiner Kammgarn-Valetot m. bestem Serge- od. Seidenfutter | 42 u. 36,- |
| Schwaloffs in feinen melirten Mustern | 40, 36 und 25,- |
| Mäntel mit kurzer Pelserie | 40, 36 und 27,- |
| D. Westen. | |
| Weisse Westen von 2,50 M. an. — Seidene Westen in allen Qualitäten von 2,50 bis 12 M. | |
| E. Knaben-Anzüge. | |
| In Knaben-Anzügen halte ich stets eine sehr große Auswahl der neuesten Stoffe und Façons und empfehle dieselben schon von 4 M. an. | |
| Einschnurungs- und Purtschen-Anzüge sind in reicher Auswahl zu billigen Preisen vorhanden. | |
| F. Diverse. | |
| Außerdem empfehle ich noch Schlafrocks in Velour, Double zc. von 10 M. an. Joppen in Duffel oder Loden von 7,50 M. an. Gehrocks, Fracks, Hohenjollerkmäntel, einzelne Jackets, Hausjackets zc. zc. | |

Mein Stofflager ist stets mit allen Neuheiten der Saison auf das Reichhaltigste ausgestattet, und werden Beihellungen nach Maß sehr schnell ausgeführt. Für guten Sitz und tadellose Ausführung übernehme ich jede Garantie, und wird Nichtpassendes anstandslos zurückgenommen.

Feste Preise. 19822

An Sonn- und christlichen Feiertagen von 2 Uhr an geschlossen.

Meyer's, Brochhaus' Berlin, 1488b, Bücher, Bibliotheken, Zierleben.

Brehm's Weltgeschichten, Sanft u. Gannemann, Kochstr. 56, Fernsp. r

Schankgeschäft billig zu verkaufen (Baugegen) Egnarstr. 4 am Wedding.

Schuhe und Stiefel mit Kontrollmarke empfiehlt **G. Jerbe**, Ritterstraße 114, nahe der Fährtenstraße.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23 d. v.**

Zentral-Kranken- u. Sterbelasse der Tischler u. s. w.

Oertliche Verwaltung Berlin O. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Umstände halber die Zahlstelle von **H. Linniken**, Beuhelstr. Nr. 57, vom 20. Februar ab nach dem Restaurant Schräppler, Thurmstr. 63, verlegt ist. 303/7 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Deutschen Wagenbauer.

(E. S. Nr. 8) Bezirk II Berlin. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 21. Februar, Vormittags 9 1/2 Uhr, bei **Wiedstr.**, Ackerstraße Nr. 115. Zahlreiches Erscheinen notwendig. 371/7 **Der Vorstand.**

Verband der Korbmacher.

(Filiale Berlin.) Montag, den 22. Februar d. J., Abends 8 1/2 Uhr, bei **Koll**, Waldbergstraße 21.

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Verathung der Anträge zum Gewerkschafts-Kongress. 2. Verschiedenes. 193/17 **Der Vorstand.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Berl. Knopfarbeiter.

Sonntag, den 21. Febr., Vormittags 10 Uhr, bei **Gnadt**, Brunnenstr. 83

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Jul. Lück über: Sibirien. 2. Diskussion. 3. Wahl der Rechtschutz-Kommission. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. 191/16 **Der Vorstand.**

Genossenschafts-Buchdruckerei

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Solingen.

Sonntag, den 21. Februar 1892, Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **C. Ern**, Solingen:

Ausserordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Empfang der Beiträge. 2. Wichtige Mittheilungen. 3. Generalversammlung. Sämmtliche Mitglieder, auch die neu eingetragenen, müssen erscheinen. 425/5 **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen Deutschlands.

E. S. 20. Sitz: Offenbach a. M.

Die Kasse nimmt als Mitglieder Frauen und Mädchen vom 14. bis 45. Lebensjahre auf. Das Eintrittsgeld beträgt 1 Mark. Der wöchentliche Beitrag 25 Pf. Als Krankenunterstützung wird 7,20 M. wöchentlich oder Verpflegung im Krankenhaus gewährt. Das Begräbnisgeld beträgt 60 M. 152/9

Beitrittserklärungen werden entgegengenommen: SO. Verwaltungsstelle I: **Willy Pappe**, Reichenbergerstr. 155, Quergeb. IV; **Emil Brödel**, Mantuffelstraße 49. SW. Verwaltungsstelle II: **Bertha Kuh**, Buttowstr. 7, Ecken N. Verwaltungsstelle III: **J. Doll**, Bergstraße 80, Quergeb.; **Wilhelmine Gränewald**, Pringens-Allee 27, III. O. Verwaltungsstelle IV: **Emil Müller**, Memelerstr. 31, S. IV; **Herm. Gehhardt**, Lichtenbergstr. 7, Quergeb. IV

Marken & Quittiren von

Partei-Beiträgen

empfehle allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelmärkte von **Conrad Müller**, Schräppler-Str. 63.

Preisliste gratis und franco.

Alle Uhren

werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei

W. Winkler,

Berlin N., Reinickendorferstr. 29/30, gegenüber der Danke-Kirche. (29/30) Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

Mehlhandlung.

Offerte billigt alle Sorten Vogel-futter: Amiesener 4 Pfd. 1,40 M. Mehlwärrner 4 Pfd. 4 M. Billig ff. Butter 1,20 M. Fett- und Mager-Sped 60 Pf., ff. Thyr. u. Braunschweig-Pfeilschwaaren, Eier & Mol. 35 Pf.

M. W. Walter,

1895L. Zeughostr. 3.

Schuhe und Stiefel

mit Kontrollmarke empfiehlt **C. Nitschke**, Kastanien-Allee 86